

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

21 (26.1.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei Nichterhalten des Zeitungsheftes, bei gerichtlicher Zerschlagung und bei Konturen außer Kraft tritt. Geschäfts- und Gerichtsdruck in Karlsruhe L. D. 2. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. D. oder halbjährlich 12,50 Mark o. D. Durch die Post vom 1. d. M. 1931 o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Januar 1931 o. Postfach 11111 Karlsruhe. Druck: Hauptstraße 9, D. Baden, Tagblattstraße 12; Postamt, Rosenstraße 2. Offenburg, Republikstraße 5

Nummer 21 Karlsruhe, Montag, den 26. Januar 1931 51. Jahrgang

Reichskanzler gegen Volkszerrüttung

Verantwortungsbewußtsein und solider Neuaufbau ist das Gebot der Stunde / Mit Trommel- und Pfeifenkorps wird nichts erreicht

Köln, 25. Jan. Vor den christlichen Gewerkschaften sprach heute Reichskanzler Brüning, er führte u. a. etwa folgendes aus: Wenn man, wie ich, in den vergangenen drei Wochen, in Ost- und Westdeutschland und jetzt in Westdeutschland herumkommt, dann hat man überall starke Kritik, und man hört auf eine Resignation, die bis an den Rand der Verzweiflung geht. Ich lehnte es demgegenüber ab, irgend eine Versprechung zu machen, von der ich nicht sicher weiß, daß ich sie halten kann. (Lebhafte Beifall.) Meine Mitarbeiter und mich stören nicht die fürstliche Agitation, die Aufpeitschung der Massen, Verkündungen jeder Art. Wer die Wahrheit hören will, und wer sie hören kann, der wird in der Lage sein, trotz aller düsteren Erscheinungen Mut zu fassen für die Gegenwart. Nicht alle Pläne der jetzigen Reichsregierung können in diesem Augenblick schon der Öffentlichkeit preisgegeben werden. Man muß mit einem klar durchdachten und überlegten Plan nicht auf drei Monate, sondern auf ein Jahrzehnt kommen und alle Maßnahmen, die den Augenblick und der nächsten Zukunft auf die großen Gesichtspunkte dieses Planes einstellen.

Wir befinden uns aber nicht nur in einer wirtschaftlichen, sondern auch in einer politischen Krise, die nicht auf Deutschland beschränkt ist und die eine gewisse Krise der Demokratie und des Parlamentarismus ist. So kommt es, daß man heute sehr viele Menschen sieht, die einmal Demokraten waren, sogar Arbeiterdemokraten, und Republikaner von links, die heute auf einmal ganz rechts stehen. Der Kampf für die Demokratie wird von der jetzigen Reichsregierung unter allen Umständen fest, ruhig, entschlossen und ohne große Redereien durchgeführt werden. (Stürmischer Beifall.) Ich glaube, mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, das deutsche Volk hat einen ganz feinen Sinn dafür, was in den entscheidenden Augenblicken an Taten notwendig ist.

Das Ziel des Parlaments, einige hundert Legislationsanträge einzubringen, die gewöhnlich einige hundert Millionen oder gar 1-2 Milliarden neue Steuern bedeuten, muß durch Maßnahmen des Reichstags selbst zu Ende gebracht werden. (Beifall.) Man ist also demokratisch, um die Wahrheit zu sagen und nicht um zu verzeihen, was man nicht halten kann. Der Reichstag wird im Februar nach dieser Richtung hin vor gewaltigen Entscheidungen stehen. Wir sind nicht allein durch Reparationslasten ins finanzielle Unheil hineingekommen, sondern in sehr starkem Maße auch dadurch, daß wir uns eingebildet haben, die öffentliche Hand und auch die Privaten könnten trotz eines verlorenen Krieges, trotz unbeschreiblicher Opfer an Geld und Blut besser leben, als in der Vorkriegszeit. Wir haben uns hundert Millionen über den Kopf gehoben, die sich nach einiger Zeit als verfehlt und unproduktiv erwiesen. Es bleibt nichts anderes übrig, als mit jedem Pfennig, den die öffentliche Hand ausgibt, genau so zu verfahren, wie andere Völker, die nach einem verlorenen Kriege wieder hochgekommen sind, nämlich sich wieder zu überlegen, was der Pfennig wert ist.

Wir der Lohnsetzung allein, wie vielleicht in Unternehmerkreisen die Meinung herrscht, die Produktionskosten zu senken, ist nicht möglich. Der Grad der Lohnsetzung muß sehr sorgfältig überlegt werden und muß im Einklang stehen mit der Aufrechterhaltung der Kaufkraft in der Masse der Bevölkerung, sonst kommt man in demselben Strich hinein, in den man auf anderem Wege durch übermäßige und übereilte Rationalisierung unserer Industrie hineingekommen ist. Wir werden in den weiteren Maßnahmen, die unbedingt ergreifen werden müssen, die gesamte Produktion in Deutschland, Landwirtschaft, sowie Industrie in ihrer lebenswichtigen Bedeutung gegeneinander ausgleichen. Sollte es in Deutschland nie möglich sein, daß noch einmal Arbeitnehmer und Arbeitgeber vom Standpunkt der Solidarität sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen und sich über gemeinsame Maßnahmen unterhalten? Ich rede nicht von einer Arbeitsgemeinschaft im vollen Sinne, sondern vielmehr davon, daß es möglich sein müsse zu überlegen, wie gewisse Fragen, z. B. die der Arbeitszeit, zum Teil wenigstens von schwerwiegenden Nachteilen der Rationalisierung abgesehen von Fall zu Fall und von Gewerbe zu Gewerbe unterchiedlich beraten und gelöst werden können.

Wir sind entschlossen, den Weg des soliden Aufbaus zu gehen. Die Lasten, die dem deutschen Volke auferlegt sind, sind nicht auf die Dauer zu ertragen. Aber um den Kampf zu führen zur Beseitigung über neue Lösungen in der Reparationsfrage, dafür Verantwortung und Mut zu unpopulären richtigen Entscheidungen über Umfang und Zeit allein maßgebend sein. Es sind nicht die schiefsten Namen in der preußischen und deutschen Geschichte, die als Landesvertreter gebrandmarkt worden sind. Es ist kein Grund zur Verzweiflung da, wir sind nicht so schlecht bestellt, wie wir uns vorstellen. Wir haben heute bereits einen gewissen Überwinden, die Bahn frei zu machen für einen dauernden Aufschwung, für eine bessere und glücklichere Zukunft unseres Vaterlandes. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Köln, 25. Jan. Am Sonntag nachmittags sprach der Reichskanzler in Düren. Er führte u. a. aus: Es sind Meinungen aufgekom-

men, an eine frontale Aufstellung des Reparationsproblems heranzutreten, selbst auf die Gefahr hin, daß die eine oder andere Provinz in ihrem Zusammenhang mit dem Reich gefährdet würde. Solche Verheerungen sind in der letzten Zeit geschehen. Es sieht so aus, als ob gewisse Persönlichkeiten alles wieder vergessen haben was wir in den letzten Jahren durchgemacht haben, und glauben, man könnte die Außenpolitik ändern, indem man unter Trommel- und Pfeifenkorps auf dem Exzerzierplatz aufmarschiert. Verantwortliche Politik ist etwas anderes, und die Politik, die wir einmal als richtig erkannt haben, werden wir auch in ihrem Tempo selbst bestimmen. Es kommt darauf an, jedes zu seiner Zeit, dann aber entschlossen zu tun. Aber eine vorsichtige Inangriffnahme von innerpolitisch und wirtschaftspolitisch nicht vorbereiteten Fragen, die Wahl des falschen Augenblicks für die Lösung der Reparationsfragen wäre das Fährliche, was man in der deutschen Politik tun kann.

Forderungen der Deutschen Volkspartei

Köln, 25. Jan. (Eigene Meldung.) Abg. Dr. Dingeldey hielt heute auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei Delfens eine Rede, die in folgenden innerpolitischen Forderungen gipfelte. Der Parlamentarismus in seiner überhöhten Form müsse eingeschränkt werden zu Gunsten einer stärkeren Herausarbeitung der präsidialen Stelle in Deutschland und der ihr

verantwortlichen Reichsregierung. Neben das Parlament müßte eine erste Kammer gesetzt werden, zusammengesetzt aus Vertrauensmännern aus den organisierten Berufsständen und aus vom persönlichen Vertrauen des Reichspräsidenten Berufenen. Das Wahlalter müsse auf die Stufe heraufgesetzt werden, die eine politische Reife voraussetzt. Die ganze Atmosphäre könne entgiftet werden, wenn die Reichsregierung sich entschliesse, gegen alle Widerstände starke Schritte vorwärts zur Durchführung einer Reichsreform zu tun.

Gandhi freigelassen

Delhi, 25. Jan. Der Vizekönig hat die bedingungslose Freilassung Gandhis und der anderen Mitglieder des Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses angeordnet. Gleichzeitig hat er die Vertagung dieses Ausschusses als ungeheuerliche Körperkassation aufgehoben.

Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung in Neu-Delhi veröffentlichten eine Kundgebung zum Ergebnis der Konferenz am 24. d. M., in der sie ausführen, Macdonald habe den Dank Indiens verdient wegen seiner hochwichtigen Erklärung, die den höchsten politischen Zielen Indiens entspreche. Gleichzeitig geben sie ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß es in der Frage der mohammedanischen Gemeinschaften zu keiner Regelung gekommen sei. Ferner fordern sie den Erlaß einer Amnestie.

Genf verurteilt Pilsudski-Terror

Deutscher Erfolg im Völkerbundsrat

Bericht über die Minderheitsbeschwerden

Genf, 24. Jan. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Nachmittags-Sitzung die deutsche Beschwerde über die Terrorakte in Pilsudski-Oberbeschießen, Polen und Pomerellen mit der Annahme des den Ratsmitgliedern vorgelegten Berichtes abgelehnt. Die Entscheidung nahm nur kurze Zeit in Anspruch, eine Aussprache erfolgte nicht mehr. Dem Bericht entnehmen wir folgendes: Was die Angriffe gegen Personen und Eigentum anlangt, so befreite diese Tatsache niemand. Die Vorgänge seien so schwerwiegend, daß man vielfach von einer Verletzung der Artikel 175 und 83 der Genfer Konvention sprechen müsse. Der Vertreter Deutschlands habe die Haltung der Behörden als entscheidend bezeichnet, wobei aber direkte und indirekte Verantwortlichkeiten zu unterscheiden sei. Die polnische Regierung habe mitgeteilt, daß Untersuchungen im Gange seien. Der Rat wünsche aber, daß die polnische Regierung in der Mai-Lage ein ausführliches Exposé über deren Ergebnisse erstatte, das sich auch auf die Vergeltungs- und Schadenersatzmaßnahmen erstrecken soll. Unbedingt notwendig sei jedoch Einmischung von Behörden in politische Kämpfe, besonders wenn es sich um Minderheiten handle. Der Rat habe den Eindruck, daß der Auffändischen-

verband von einem Geist erfüllt sei, der nicht geeignet ist, die Annäherung zwischen den beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern. Die polnische Regierung müsse Maßnahmen ergreifen, um Beziehungen von Behörden zu solchen Organisationen, die politisch tätig seien, zu lösen. Das Vertrauen der deutschen Minderheit sei viel erschüttert worden. Ohne dieses Vertrauen sei eine Zusammenarbeit der Minderheit mit dem Staat nicht möglich. Zum Schluß wünscht der Rat vor seiner nächsten Tagung Kenntnis von den Entschlüssen, die Polen auch hier getroffen hat.

Der Ratsvorsitzende, Henderson, richtete nach der Annahme des Berichtes noch einige Worte an die Ratsmitglieder. Er sprach seinen Dank an den Berichterstatter aus, der eine Lösung für diese so schwierige Frage gefunden habe. England habe stets ein großes Interesse an diesem Problem gezeigt und es sei über die Lösung sehr beunruhigt. Die Minderheitenfrage sei eine Frage, die die ganze Welt angehe. Daraus ergebe sich die internationale Bedeutung dieser Frage. Es sei ein Völkerbundsproblem, an dessen Lösung alle Mitglieder verpflichtet seien, sich zu beteiligen. Wenn dieses System fehlschläge, so seien die Folgen nicht abzusehen. Alles müsse für eine Dauerregelung dieses Problems getan werden. Zum Schluß richtete Henderson einen Appell an die Minderheiten, auch das ihre zu tun und in ihrem eigenen Interesse mit ihren Regierungen zusammenzuarbeiten. Das eine Lösung möglich sei, bewies das Beispiel der Schweiz. Er habe in der jetzt getroffenen Lösung den Anfang für eine Dauerregelung des Minderheitenproblems in Oberbeschießen.

Berichterstatter Tschibana richtete zum Schluß einige Dankesworte an die Vertreter Deutschlands und Polens, die durch ihre Haltung ihm seine Aufgabe wesentlich erleichtert hätten. Mit Recht schreibt der Vorkämmerer zu diesem für Deutschland erfolgreichen Ausgang des Polenkonflikts:

Ein Unglück passiert! Die nationale Opposition verhält in Trauer ihr Haupt. Hugenberg ringt mit Fassungslosigkeit, Hitler bekommt Weintränke.

Die nationale Opposition verhält in Trauer Hitler und Hugenberg stehen jetzt vor der schweren Aufgabe, ihrer Anhängererschaft den Sieg Polens vorzutäuschen, den sie erhofft hatten und den sie für ihre Politik brauchten. Es ist eine verdiente Strafe des Schicksals, daß diese Vergifter der Volksseele, die von der Sozialdemokratie verleumdeterweise behauptet, sie stehe im Bund mit irgendwelchen Feinden des deutschen Volkes, immer wieder in Komplizität mit den gefährlichsten Gegnern Deutschlands betroffen werden. Selbstam verkehrte Welt! Während wir „vaterlandslosen Gesellen“ uns in jahrelanger harter Arbeit mühen, das Vaterland wieder besseren Zeiten entgegenzuführen, liegen die „Nationalen“ hinterm Busch und lauern auf deutsche Niederlagen, als auf erwünschte Gelegenheiten über ihre innerpolitischen Gegner herzufallen! Und während wir uns über jedes Zeichen der Besserung von Herzen freuen, gibt es auf der anderen Seite in solchem Falle nur bekümmerte Gesichter.

Wenn die Polen eine diplomatische Schlacht verlieren, sinkt die Halbkreisfahne auf Halbmaß. Und nun sage uns einer: Was ist denn das eigentlich — „national“?!



Der japanische Vermittler zwischen Deutschland und Polen, der japanische Botschafter in Paris, dem die Berichterstatter über die deutschen Beschwerden gegen Polen vor dem Völkerbundsrat oblag.

Freistaat Baden

Blutrausch-Bolschewismus

In unserer Samstagsausgabe haben wir die Offenheit eines Bild hinter die Kulissen der Gauleitung der badischen Nationalsozialisten werfen lassen. Die Sonntagsausgabe des „Führer“ bringt dazu nun die folgende Erklärung:

Herr Wilhelm Zimmermann, Druckereibesitzer in Karlsruhe, vertritt ein vertrauliches Rundschreiben an Nationalsozialisten, dessen Inhalt auch durch den Volksfreund aufgearbeitet worden ist. Die Gauleitung wird in der Dienstausgabe des „Führer“ ausschließlich zu den unerschütterlichen Angriffen des Herrn Zimmermann Stellung nehmen.

Wir werden also die Stellungnahme des „Führer“ gegenüber dem alten nationalsozialistischen Parteigänger, Herrn Druckereibesitzer Wilhelm Zimmermann, abwarten. Dann gehen wir weiter.

Die Arbeiten des Haushaltsausschusses

Aus dem Haushaltsausschuss des Landtags wird uns geschrieben: Am 21. Januar d. Js. erzielte der Landtag die Regierung, durch eine von der Regierung bestimmte geeignete Persönlichkeit eine Untersuchung der

Berichtsstelle bei der Erziehungsanstalt Fiebingen
zu veranlassen. Damit wurde Herr Amtsgerichtsrat in Sinsheim beauftragt. Ueber dessen Untersuchungsergebnis berichtete heute Herr Wolfhard (Staatspartei). Daraus ergab sich, daß irgend eine Unzufriedenheit gegen den früheren Anstaltsleiter Dr. Greger in keiner Weise nachgewiesen werden kann. Der sozialdemokratische Sprecher betonte dabei auch, daß die objektiven, klaren und sehr eingehenden Feststellungen des Untersuchungsausschusses ein abschließendes Urteil über jene Vorgänge darstellten. Ueber Erziehungsmaßnahmen lasse sich streiten. Darüber könne der Landtag nicht urteilen. Der Ausschuss beschloß mit einer Stimmenteilung, die Mitteilung der Regierung zur Kenntnis zu nehmen.

Berichterstattung des Reichsfinanzauschusses
berücksichtigen. Der nationalsozialistische Antragsteller meinte, weil das Land Baden in dieser Richtung vorgeht, dürfe das Land Baden nicht zurückbleiben. Ein Antrag der Regierungsparteien veranlaßte eine Vorberatung bei der Reichsregierung dahin, daß die angeforderten Vorläufe einer Neuordnung des Finanzauschusses tunlichst beschleunigt und dabei vom Reich auf die Lebensinteressen und die großen Kulturaufgaben des Grenzlandes Baden, sowie auf die großen Forderungen der badischen Gemeinden Rücksicht genommen werde.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, damit war der nationalsozialistische Antrag erledigt. Sodann beschloß der Ausschuss die Zustimmung zum badischen Budget vom 26. Oktober über die

Bürgersteuer.
Die Länder sind auf Grund der bekannten Reichsnotverordnung vom 26. Juli 1930 verpflichtet, die Mindestsätze für die Bürgersteuer festzusetzen und bekannt zu geben. Das Land Baden ist bei dieser Festsetzung auf dem niedrigst zulässigen Mindestsatz von 6 M festgelegt. Es handelt sich um eine swangsläufige Verwaltungsmaßnahme der Länder, die auszuführen ist; ungehindert der grundsätzlichen Einstellung zu der Bürgersteuer.

Gegen parlamentarische Demagogenspiele

Im Geschäftsausschuss des badischen Landtags wurde ein Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung durch den badischen Landtag angenommen, wonach § 31 der Geschäftsordnung einen Zusatz dahingehend erhält, „daß Anträge und Anfragen, die ein Gebiet betreffen, die nicht der Zuständigkeit der badischen Landesversammlung oder Verwaltung gehören, nur dann beraten werden, wenn die badische Regierung entweder im Reichstag zu der Gesetzesvorlage oder zu einem vom Reichstag beschlossenen Gesetz oder einem zur Beratung von Fragen der Reichsregierung und Reichsverwaltung eingesetzten Ausschuss Stellung nehmen muß oder besondere Interessen der badischen Bevölkerung oder des badischen Staates behandelt werden.“

Dieser Antrag soll in Zukunft verhindern — wie es leider in der letzten Zeit oft vorgekommen ist —, daß Kommunisten und Nationalsozialisten Anträge, die bereits schon im Reichstag oder anderen Landesparlamenten von ihren Fraktionen gestellt wurden, einfach eingeschrieben haben und dann als neue politische Weisheit dem badischen Landtag als Anträge vorgelegt werden.

Die Betragensnoten der Schüler und Schülerinnen

Aus dem Reichsfinanzauschuss des Landtages schreibt man uns: Die Deutschnationalen haben beantragt, die angelegte Verfügung des Unterrichtsministers Dr. Kemmler, wonach den aus der Volksschule ausschließenden Schülern die dritte Betragensnote „lobenswert“ in Zukunft nicht mehr gegeben werden darf, aufzuheben. Der Reichsfinanzauschuss beschloß sich in seiner Sitzung vom 23. Jan. damit und beschloß, diesem Antrag die Zustimmung zu verweigern.

Die Regierung ließ durch den Berichterstatter Dr. Wolfhard darauf hinweisen, daß eine solche Verfügung nicht erlassen werden sei. Es handle sich nur um einen Einzelfall um eine Veränderung. Die Regierung verwies auf Preußen, wonach dort über Betragen und Aufmerksamkeit hinsichtlich in Fortfall komme. Es sei die Pflicht der Unterrichtsverwaltung gewesen, darauf bedacht zu sein, daß durch Betragensnoten die Schüler und Schülerinnen im späteren Lebensalter nicht schädigt werden können. Die Lehrer auf diesen Gesichtspunkt hinzuweisen, habe der Erlaß der Verordnung bezweckt. Wenn der Erlaß zur Zeitungsöffentlichkeit Veranlassung gegeben habe, so sei das zu bedauern.

In der Aussprache erklärte man sich mit dem Standpunkt der Unterrichtsverwaltung einverstanden. Es sei eine große Verantwortung, die oft mit einer Note für einen Schüler übernommen werde. Man solle wegen einer Verletzung einen Schüler nicht zeitlich leben lassen. In diesem Zeitalter handle die Jugend eben oft anormal und vielen Tatsachen müßten auch die Lehrer bei ihren letzten Rechnung tragen.

Richter in eigener Sache

Das Tatgefühl des nationalsozialistischen Abgeordneten Kraft

Aus dem Geschäftsausschuss des badischen Landtages wird uns geschrieben: Der Geschäftsausschuss des badischen Landtages beschäftigte sich mit zwei Anträgen des Justizministeriums aus Aufhebung der Immunität von Strafverfolgung der

nationalsozialistischen Abgeordneten Kraft und Köhler wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz und wegen Beleidigung des Landtags.

Die Beratung des Antrags auf Strafverfolgung des Abgeordneten Köhler wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz wurde auf eine spätere Sitzung des Ausschusses zurückgestellt. Dagegen wurde die Aufhebung der Immunität und die Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Kraft wegen Beleidigung des Landtags mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Der Kuriosität halber sei erwähnt, daß Abg. Kraft, der die nationalsozialistische Landtagsfraktion im Geschäftsordnungsausschuss vertrat, selbst gegen die Aufhebung seiner Immunität und die Einleitung eines Strafverfahrens stimmte. Ein Vorgang, der sich noch nie in einem Ausschuss des Landtags abspielte. Es blieb dem besonderen Tatgefühl des Nationalsozialisten Kraft überlassen, Richter in eigener Sache zu sein. Die Beleidigung des Landtags durch den Abg. Kraft wird darin erblickt, daß er in einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten in Karlsruhe erklärte: „Wenn wir Frontsoldaten seiner Zeit gehabt hätten, was für ein Gefändel sich in den deutschen Parlamenten herumtreibt, dann hätten wir nicht länger auf die Franzosen und Engländer geschossen, wir hätten die Gewehre herumgebracht.“ Einen solchen Vorgang, deutsche Brüder zu ermorden, nennen die Nazi nationale Tat!

Ferner wurde Strafverfolgung gegen das Mannheim erscheinende kommunistische Organ Arbeiterzeitung wegen Beleidigung des Landtags beschlossen.

Aufwertung von Sparguthaben

Zum Gehehe des Landesverbandes Baden des Sparerbundes, Sparbelaugläubiger- und Sparersparverbandes auf Aufwertung der Sparguthaben der badischen öffentlichen Sparkassen wurde auf Antrag des Berichterstatters Abg. Haas (Zentrum) im Reichsfinanzauschuss des Landtages beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen. U. a. wurde mitgeteilt, daß von rund 150 Sparkassen in Baden 40 nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft die Aufwertung vorzunehmen. Es lagen außerdem über diese Angelegenheit noch Gehehe des Bürgermeisters von Baden, der Stadtgemeinde Forstberg und des Verbandes badischer Gemeinden vor. Sie wurden der Regierung zur Kenntnisnahme überreicht. Man erklärte, daß abzuwarten sei, wie im Jahre 1932 die Finanzlage sich gestaltet habe. Den Gemeinden, welche zur Aufwertung nicht in der Lage seien, müsse helfend beigebracht werden.

Stahlhelmdiktatur in Baden?

Das energische Auftreten des Pfarrers Gen. Edert-Mannheim gegenüber der nationalsozialistischen Reaktion ist dieser sehr unangenehm und sie bemüht sich daher, mit allen Mitteln dielem in die Quere zu kommen. Wir haben bereits mitgeteilt, wie die Kreisbehörden zum Vorgehen gegenüber Pfarrer Edert scharf gemacht werden und wie diese in unangenehmer Herabsetzung mit dem Chor der nationalsozialistischen Überstimmten — ohne daß jedoch das letzte Wort in dieser Frage gefallen ist. Der Stahlhelm bemüht sich nun, in anderer Weise gegen Pfarrer Edert vorzugehen. In der badischen Zeitung vom 24. Januar erteilt nämlich Gauführer Weis einen Sonderbefehl betreffend Pfarrer Edert, in dem erklärt wird:

„Ich ordne daher an, daß das Auftreten des Pfarrers Edert verhin dert wird. Gezielte Maßnahmen hierzu gehen den Sta D.G. sofort schriftlich oder mündlich zu.“

Dieser Sonderbefehl bedeutet ein Vorgehen, das nur schwer mit Recht und Gesetz in Einklang zu bringen ist, worum sich allerdings der Stahlhelm wenig kümmert, da er gleichzeitig noch (sollu viel Zutranken scheint er zu seinen Maßnahmen nicht zu haben) einen Redeverbot gegen Pfarrer Edert fordert. Hierzu besteht allerdings keinerlei Handhabe, solange noch nicht die Stahlhelmdiktatur in Baden eingeführt ist. Es wird allmählich Zeit, daß gegenüber den „Sonderbefehlen des Stahlhelms“ mit aller Entschiedenheit unterstreichend wird, daß weder in Baden noch nicht der Stahlhelm oder die Sturmtruppen, sondern die parlamentarische Regierung des Freistaates Baden herrscht.

Falschliche Latrinensprüche

Am Mittwoch, den 21. Januar, abends, tagten die prominenten Funktionäre der Rastatter Nazimanne in der Wirtschaft zum „Birch“ in der Hildstraße. Ein kleiner Mussolini aus der Rastatter Faschiszentrale referierte über das in Aussicht stehende 3. Reich. Das Hauptthema lautete: „Pflichten des S.S. und S.A.-Mannes im Reiche der Wohnsinnigen.“ Ein theoretisches Exzerpten bogelte auf die Angehenden nieder, so daß sie vor lauter Staunen und Hören nicht mehr zur Begrünung kamen. Früher unter Er-Wilhelmsszeiten, wurde es den Soldaten ähnlich so beigebracht. Ich fühle mich beim Anhören der Worte des Sprechers in eine militärische Instruktionssunde versetzt, nur mit dem Unterschied, daß dem Sprecher sein selbst milderwertiger Horizont, vor lauter Dritten Reich, stark im Ueberlaufen war.

Das Interessanteste zu hören war, wie der S.S.-Mann aus dem echten deutschen Volke auszuwählen und in die Reihen einzureiht, wie ihm der militärische Drill beigebracht und wach einem Kadavergehörig er sich bedingungslos seinem Führer gegenüber zu unterwerfen hat. Bei der Auslese des S.S.-Mannes kommen nur reinrassige, keinem Juden ähnlich sehende, schlaffe und ziemlich arische teutsche Urcekommenen in Frage. Eine wirklich reiche Einsicht, die im ganzen Reiche vernünftige andersdenkende Menschen in einer feigen Weise aus dem Hinterhalt niederschlagen und niederstrecken.

Weiter führte der Redner an, daß in der Woche mindestens zwei Appelle stattfinden müssen und daß keine Gelegenheit in den Reihen der S.S. und S.A.-Leute geboten ist, sich über einen Führer zu beschweren. Solche Leute, die das versuchen würden, werden rüchichtslos aus der Partei ausgeschlossen.

Das Dritte Reich hat auch seine Staatsautorität. Sie besteht im Ausbau der S.S.-Leute. Diese sind dazu bestimmt, den öffentlichen Sicherheitsdienst im teutschen Volke auszuführen. Einem jedem bisherigen blauen Schutzmann wird ein S.S.-Mann in brauner Aufmachung beigegeben. Der Blaue ist dem Braunen unterstellt, er hat nichts zu melden, die Befehlsgehalt besitzt der Braune. Der Blaue läuft nur als lebendes Gelekeduch nebenher. Vorgesetzt muß diese Staatsautorität in brauner Aufmachung noch ein wenig Geduld haben, bis der Blaue nebenher läuft; und man könnte dabei auf „heialem“ Wege ein blaues Wunder erleben.

Die Nachrichtenzentrale kam. Uebermittlung wurde auch den Funktionären bekannt gegeben. Dabei war auch zu hören, wie

rach das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs bezüglich des Uniformverbots in den Händen der Rastatter Nazizentrale war und wie jede Bezirks- und Ortsgruppe auf dem kürzesten und raschesten Wege mit den neuesten Nachrichten auf dem Laufenden gehalten werden. Adolf, heut!

Reichsgründungsfeier in Konstanz

Aus Konstanz wird uns geschrieben: Am Vorabend des Gründungstages veranstaltete ein bisher hier unbekannter „Ortsgruppenring Konstanz“ im unteren Konstanzer Rathaus eine Reichsgründungsfeier, welche Veranstaltung nur auf persönliche Einladungen stattfand. Nach der Konstanzer Zeitung haben daran teilgenommen: Angehörige der drei Konstanzer Technikerverbände (mit Ausnahme der Mannen), die auch den Vorsitz hatten; ferner Vertreter des Standortes Konstanz (also eine Abordnung des Pötkelns), des Offiziersbundes, des Krieger- und Militärvereins, des Stahlhelms, des Luftenbundes (daher der Name „Waffenring“), des Nationalsozialistischen deutschen Studentenbundes, des Reichsgründungsvereins, des Bundes deutscher Kreisgründer, die Freie (doch nur die Konst. Ztg.), Herr Stadtrat Stump als Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei. Nach einem zweiten Bericht der Konst. Ztg. hielt der Vorsitzende R. Friedrich (wohl ein Schüler des Technikers) eine Rede, nach der das Blut unserer Gefallenen nicht umsonst geflossen sein soll, die Jugend schwört es, und sie wird nicht rufen und rufen (!), bis die Ehre des Vaterlandes wieder hergestellt ist. Generalmajor a. D. R. H. habe sprach im Namen des Stahlhelms und des Offiziersbundes, Stadtrat Stump bedauerte, daß die Stadt und die Direktion des Technikers nicht vertreten ist, auch nicht durch einen Dolmetschen. Und Oberstleutnant Siegelin vom heiligen Regimentsstab sprach gleichzeitig namens des Regimentskommandeurs Oberst Blasewitz. Andere Behörden waren nach dem Bericht der Konst. Ztg. nicht anwesend.

Die Deutsche Bodenezeitung (Zentrum) nimmt zu der Angelegenheit Stellung und sagt u. a., daß es Sache der Reichswehr gewesen wäre, der einseitig aufgesetzten Feier grundsätzlich fern zu bleiben, zumal sie das unpolitische Institut des deutschen Staates der Gegenwart und Garant seiner Existenz ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Oberstleutnant wusste, in welcher Gesellschaft er sich befand. Und wenn er es nicht hat wissen wollen, dann müßten ihm die vorherigen Redner seine Augen und Ohren geöffnet haben.

Stahlhelm pfeift auf Uniformverbot

Aus Achern wird uns geschrieben: Was man nicht für möglich halten sollte, spielte sich Donnerstags abend in Achern ab. Ein sogenannter Ortsgruppenring lud durch Intimate und öffentlichen Ankündiger die Einmohner der von Achern zu einer Reichsgründungsfeier ein. Nazis und Stahlhelmer von Achern und auch aus der Umgebung füllten den Ratskellerhof. Ein Aufgebot des Stahlhelms in Uniform und den alten Flaggen nahm im Saale Aufstellung und flankierte den Redner des Abends, einen Major G. von Neuville aus wilhelminischen Zeiten, dem es in der Hauptsache darauf ankam, eine Agitationrede für Stahlhelm und Nazis loszulassen und auf die führenden Staatsmänner der Sozialdemokratie zu schimpfen, die allein schuld an Deutschlands gegenwärtigem Elend seien. — Angesichts des jüngst erlassenen ministeriellen Verbots der Tragung von Uniformen politischer Parteien muß man sich fragen: sind diese Staatsmänner der heutigen Regierung schon über den Kopf gewachsen? Denkt die Regierung endlich einmal ernstlich daran zurückzutreten? — Noch etwas muß hier festgehalten werden. Das militärische Organisationsamt und der von Nazigeist durchdrungene hiesige Turnverein an der Feier teilnahm, ist weiter nicht verwunderlich, daß über die hiesige Stadtkapelle, die hoch aus Gemeindegeldern unterhalten wird, sich in den Dienst dieser Kreise gestellt hat bzw. stellen durfte, hat bei Leuten, die der heutigen Staatsform nahe stehen, sehr erbittert.

Vermögenssteuer 1930

Die Presseabteilung der badischen Regierung schreibt uns: In den nächsten Wochen gehen den Vermögenssteuerpflichtigen die Bescheide über die Vermögenssteuer 1930 zu. Diese wird von dem auf 1. Januar 1928 festgestellten Vermögen erhoben, sofern nicht im Einzelfalle eine Neu- oder Nachfeststellung für die Kalenderjahre 1928 und 1929 oder für 1929 allein stattgefunden hat. Der im Bescheid für 1929 angeforderte Zuschlag von 8 p. h. kommt für 1930 nicht in Betracht.

In den Fällen, in denen auf Grund der Billigkeitsmaßnahmen des Reichsministers der Finanzen gemäß Runderlaß vom 22. Mai 1929 eine Ermäßigung der Vermögenssteuer für 1928 und entsprechend dem Runderlaß vom 23. Dezember 1929 auch für 1929 bewilligt worden ist, ermäßigt sich die Vermögenssteuer 1930 ohne weiteres in gleichem Umfang. Soweit die Voraussetzungen für eine Billigkeitsmaßnahme erst für das Kalenderjahr 1930 vorliegen (z. B. das Einkommen eines Landwirts ist im Wirtschaftsjahre 1929/1930 gegenüber dem der beiden vorhergehenden Jahre um mehr als 10 p. h. zurückgegangen oder die Verschuldung des Vermögens ist im Kalenderjahr 1929 um mehr als 10 p. h. zugenommen), ist ein besonderer Antrag des Steuerpflichtigen auf Ermäßigung erforderlich; dieser Antrag ist bis zum Ablauf eines Monats nach Erhalt des Steuerbescheides 1930 beim zuständigen Finanzamt zu stellen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ist die Vermögenssteuerfreigrenze durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 auf 20.000 Mark erhöht worden. Die Finanzämter sind ermächtigt, auf Antrag solchen Pflichtigen, die glaubhaft machen, daß ihr Gesamtvermögen am 1. Januar 1931 20.000 M nicht übersteigt hat, die Vorauszahlung für 1931 auslos zu stunden; sie sind ferner ermächtigt, auch ohne daß ein Antrag vorliegt, von solchen Pflichtigen, deren Gesamtvermögen bei der letzten Einheitsbewertung 20.000 M nicht über übersteigt hat und hinsichtlich deren nach Lage des einzelnen Falles bestimmt erwartet werden kann, daß das Vermögen auch nach dem Stande vom 1. Januar 1931 die vorbestimmte Grenze nicht überschreitet wird, von vornherein Vorauszahlungen für 1931 nicht anzufordern. In diesen Fällen wird die entsprechende Stelle des Bescheides vom Finanzamt vor Aushändigung des Bescheides gestrichen werden.

Billige Lorbeeren

Wie sammelt man sich Feldehren, wenn ringsum dichter Friede stadt? Wie kränzt man sich mit Kriegslorbeeren, indem man hinterm Ofen hockt?

Je nun, man muß martialisch rasen, dramatischeren früh und spät, in Deutschland gelten Feldendrasen zur Zeit so viel wie bare Tal.

Den Michel trennt's, wenn Knaben prahlen, wie man den Feind aufs neu befreit, wie, statt Tribute zu bezahlen, man Frankreich mit dem Maul befreit

Der Michel wird, wie Kenner melden, vom Pfaffenstimmeln so leicht entsetzt, daß über den Kellerebeln er kaum mehr an die wahren denkt.

Ferdinand Madlinger

Gewerkschaftliches

Die Lohnkämpfe

W.D. Bochum, 22. Jan. Der Schlichter in Dortmund hat den Schiedspruch für die rechtsrheinische Textilindustrie vom 30. Dez. 1930, der den Lohn für Arbeiter von 69 auf 64 Pfennige und den für Arbeiterinnen von 52,5 auf 49 Pfennige senkt, für verbindlich erklärt. Von diesem Abbau sind 45 000 Arbeitnehmer betroffen.

W.D. Bremen, 22. Jan. Die Bremer Holzindustriellen haben entsprechend den Anweisungen des Arbeitgeber-Verbandes der Deutschen Holzindustrie die Fischer und Maschinenarbeiter ausgesetzt. Die Aussperrung erfolgte, weil die Arbeiter einen ihnen angemessenen Lohnabbau von 8 Prozent abgelehnt haben.

Berlin, 24. Jan. Der Reichsarbeitsminister hat den Lohnschiedspruch für den oberhessischen Erzeugerbau mit Rücksicht auf seinen niedrigen Lohn, nicht wie die Arbeitgeber forderten, für verbindlich erklärt. Die drei oberhessischen Erzeugerbau wollen jetzt der gefamten Belegschaft am 5. Februar kündigen.

Lohnabbau in der Schmuckwarenindustrie

W.D. Wiesbaden, 24. Jan. Der Arbeitgeberverband der Schmuckwarenindustrie hat das Lohnabkommen für die Wiesheimer Schmuckwarenindustrie auf den letzten Jahrestag im Monat Februar, also den 27. Februar, gekündigt. Desgleichen erfolgte die Kündigung der Lohnbestimmungen im Rohmaterial auf den 1. März.

Um den Angestelltenarif in Mannheim

Die Verhandlungen für die Angestellten, die dem Generalarbeitsvertrag unterliegen, sind gescheitert. Die Angestelltenverbände konnten die Forderungen der Arbeitgeber auf Gehaltsabbau nicht als geeignete Verhandlungsgrundlage annehmen. Die Arbeitgeberseite wird nun wahrscheinlich die tarifliche Schlichtungsstelle anrufen werden.

Beilegung des Tarifstreites in dem württembergischen Holzgewerbe

Stuttgart, 24. Jan. Nach fast 18tägigen Verhandlungen vor dem Schlichter für Süddeutschland ist in dem Tarifstreit im württembergischen Holzgewerbe, in dem es bereits zu größeren Arbeitsunterbrechungen gekommen war, eine Vereinbarung zustande gekommen. Die Arbeit wird nächsten Dienstag zu Wöhnen, die um 5-6 Prozent ermäßigt werden, wieder aufgenommen.

Gescheiterte Lohnverhandlungen

W.D. Kassel, a. d. S., 24. Jan. Die Lohnverhandlungen für die württembergische Textilindustrie, in denen die Arbeitgeber ab 1. Februar einen Abbau des Stundenlohnes von 12 Pf. in der Spitze forderten, mußten wegen Ablehnung der Arbeitnehmerseite ergebnislos abgebrochen werden.

Streik in der Secherei der Frankfurter Zeitung

Frankfurt a. M., 24. Jan. Die Direktion der Frankfurter Zeitung hatte ihrem Personal in der Secherei die Kündigung ausgeben lassen und gleichzeitig erklärt, daß sie bereit sei, jeden Einzelnen nach einer Kündigung seines Gehaltes weiter zu beschäftigen. Die Belegschaft erklärte sich hiermit nicht einverstanden. Sie forderte sofortige Zurücknahme der Kündigungen. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, traten die Secherei in den Streik. Das erste Morgenblatt der Frankfurter Zeitung ist nicht mehr erschienen. Morgen vormittag sollen Einigungsverhandlungen stattfinden.

Beilegung des Sechereistreits bei der Frankfurter Zeitung

Frankfurt a. M., 25. Jan. Der Konflikt mit dem Secherepersonal der Frankfurter Zeitung ist nach im Laufe des Samstagabend beigelegt worden.

Soziale Rundschau

Ziehung der Arbeiterwohlfahrtslotterie

Wer sind die Glücklichen?
139 674 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwerte von 500 000 Reichsmark hatte die Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrtsgesellschaft, um sie nach Fortunas Rollen aus dem Glücksrad sieben zu lassen. Sie werden bis 31. März d. J. an alle beteiligten verteilt, die sich ein Los gekauft hatten.

In einem kleinen Städtchen Westfalens brachten die Nummern A 228 438 und B 228 438 mit je 25 000.— RM. eine Familie in große Aufregung. Dem Betreuer einer Verkaufsstelle überwand sie erst das Los zum einlösen, dann beauftragte sie die Sporthalle, ein Kontor einzurichten. Der Vertreter der Verkaufsstelle schreibt: Erwin ist eine halbe Regelung, da die Familie sich in großer Not befindet. Der Mann schwer kriegsbeschädigt und die Frau lungentranke, es wäre weder Feuerung noch Nahrung vorhanden. — Der Betrag ist der Sporthalle überwiesen.

Zwei hats in Sachsen gepakt, das Morchschwein nämlich, 15 000 Reichsmark sind Bönen in den Schoß gefallen. Zu der Nr. A 148 904 schreibt der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt in Leipzig am 5. Januar: „Der glückliche Gewinner ist ein 68jähriger Sozialrentner und Pflanzenerzeuger. Der Inhaber des Hauses B 148 904 hat sich noch nicht gemeldet.“ Aber schon am 7. Januar teilt derselbe dem Bezirksausschuß mit, daß sich auch dieser Gewinner gemeldet hat. Er ist ebenfalls Invalid und Vater von fünf, teils noch schulpflichtigen Kindern.

Die beiden Hauptgewinne von RM. 10 000.— wurden in Berlin ausgesetzt. Die Glückswörter konnten ihr Glück kaum fassen. Bis zur Auszahlung hürdeten sie immer noch, es könnte irgend etwas nicht stimmen. Der eine wohnt im Berliner Norden und ist seit einem Jahr erwerbslos. Mit seinen betagten Eltern, die auf Unterstützung angewiesen sind, hat er eine gemeinschaftliche Wohnung.

Frau und 4 Kinder hat der zweite. Noch ist er im Betrieb als Ausarbeiter, es mangelt aber an nötigen. Beilmäße und Kleider für die Familie und sich sei das Erste, was angeschafft würde, meinte er.

Nach einem Dürden in der Aben fielen zwei Gewinne à RM. 2000.— und nach Jena gleichfalls zwei Gewinne à RM. 2500.—. Sie kamen auch dort in die richtigen Hände und Göttin Fortuna machte glückliche Menschen.

„Was Sie glücklich sein! Wir alle können es Ihnen von Herzen! Der erste Sturm auf die Gewinnausgaben ebnet ab. Laufende Gewinne sind noch in der Gewinnliste. Bis Ende März werden sie noch viel mit Erfolg studieren. Wir ändern aber, denen so freundlich-boshaft eine Nieme entgegenbringen, eine Nieme für 50 Pf., wir trösten uns, der Arbeiterwohlfahrt wertvolle Unterstützung geleistet zu haben und nehmen uns vor, im nächsten Jahr mindestens ein Duzend Lose zu kaufen. Schließlich muß auch bei uns die Bombe mal platzen.“

Aus der Stadt Durlach

Statistisches. Heute, 20. Ubr. im Heim Arbeitsgemeinschaft über materialistische Geschichtsauffassung. Leiter Gen. Baedler, Karlsruhe. Gäste willkommen.

Krise und Beamtenschaft

Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes

Die Nationalsozialisten lesen große Hoffnungen auf die Beamten. Sie glauben, daß die Beamtenschaft, wenn es wieder einmal zu einem Aufbruch kommt zu 100 Prozent auf ihrer Seite stehen wird. Davon kann gewiß keine Rede sein. Allen es diese Beamten-Strukturpolitik treiben, wenn man so tun wollte, als ob die Beamtenschaft gegenüber dem Nationalsozialismus immun wäre. Die Verführungsanfänge der nationalsozialistischen Demagogie haben in ihr infolge der gegen sie gerichteten mühen Bekämpfung und der mit dem Gehaltsabbau hervorgerufenen Veräufertung leider nicht immer auf taube Ohren. Unter diesen Umständen tut eine Aufklärungsaktion unter der Beamtenschaft über die Zusammenhänge zwischen dem Volkseind unterer Lage und der schließlichen Gefahr dringend not. Diese Campaigne hat der Allgemeine Deutsche Beamtenbund am Mittwoch auf seiner Bundesversammlung mit einer wichtigen Kundgebung eingeleitet. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Thema „Wege zur Überwindung der Wirtschaftskrise“.

worüber Dr. Alfred Brauntal von der Forschungsstelle referierte. Der Vortrag und die sich daran knüpfende, vielfach temperamental geführte Aussprache gipfelten in dem Auf nach Arbeit, da nur durch sie dem Faschismus das Wasser abgegraben werden könne.

Die enge Verzahnung des Beamtenstandes mit der Wirtschaftskrise wurde, nachdem Kossur vom Bundesvorstand die Vertreter der Behörden, des ADGB, der Parlamente und der Verbände beauftragt hatte, vom Reichstagsabgeordneten Dr. Voelker mit einigen einleitenden Sätzen fixiert. Die Konjunkturrempfindlichkeit der Beamtengehälter, betonte Voelker, sei seit langem immer wieder vom ADGB aufgezeigt, nunmehr aber durch die Wirtschaftskrise auch dem gutgläubigsten Beamten immerhin deutlich zu Bewußtsein gebracht worden. Die Beamtenschaft müsse endlich ihre Lage erkennen, damit sie sich über den Weg zu einer Besserung ihres Geschickes klar werden könne.

Brauntal erläuterte in seinem Vortrag zunächst die vom Faschismus der Beamtenschaft drohenden Gefahren. Der Abbau der Beamtengehälter sei nicht auf normalen demokratisch-parlamentarischen Weg erfolgt, sondern mit Hilfe des Notparagrafen 48. Das große staatspolitische Interesse der Beamtenschaft an der Behebung der Krise müsse also ohne weiteres einleuchten. Der Verlauf der Krise sei die enge

Verzahnung der Beamtenschaft mit der des Arbeiters; amühen dem Beamten und Arbeiter bestehe eine Sozialgemeinschaft. Auch der Beamte müsse sich daher über die wirtschaftliche Not und ihre Ursachen klar werden.

Den Haupterkenntnispunkt für die Krise sieht Brauntal in dem Widerspruch zwischen der riesigen Produktionskraft und der geringen Kaufkraft. Selbst ein Unternehmer kann bei der Internationalen Handelskammer in Paris habe in einer vor kurzem angenommenen Entschließung als Hauptkrisengrund die Lasten angeführt, daß die Leistungsfähigkeit der Produktion viel stärker gewachsen ist als die Verbrauchkraft. Das ist eine glatte Feststellung der Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften. Die Krise in den Vereinigten Staaten sei kein Argument gegen die Auffassung der Gewerkschaften; denn auch drüben sei der Lohn trotz starker Steigerung hinter den Investitionen zurückgeblieben; da die Lohnsteigerung seit 1927, im Rahmen der Gesamtwirtschaftsentwicklung gesehen, zum Stillstand gekommen sei. Das amerikanische Bild sei also im Grundcharakter das gleiche, wie es das arme Deutschland sei.

Darüber hinaus seien noch besondere deutsche Merkmale festzuhalten, wie ungelindes Nationalisierungsstempo, Schwächung der Kaufkraft durch die Kriegslasten, hemmungslose Entwicklung des Monopolcharakterismus usw. Aus all diesen Ursachen der Krise von Brauntal die notwendigen Konsequenzen: relative Stärkung der Löhne, entschlossene Durchführung der Preisentlastungsaktion, die grundsätzlich richtig aber unzureichend sei, Herabdrückung der überhöhten Monopolpreise, Abwehr von der infolge falscher liberalistischer Wirtschaftstheorien vorgenommenen Verknöpfung der Preisentlastungsaktion mit einer allgemeinen Lohnentlastung sowie Lösung von dem Wahn, die Wirtschaftskrise mit einer gleichmäßigen Lohn- und Preisentlastung zu bekämpfen, und schließlich härtester Kampf gegen den Faschismus nicht nur aus politischen, sondern auch aus rein wirtschaftlichen Gründen. Deutschland könne unmöglich noch einmal einen Kapitalverlust ertragen, wie er nach den Wahlen infolge der direkten und indirekten Kapitalflucht eingetreten sei. Jede Rücksichtlosigkeit gegenüber dem Faschismus verbinde die notwendige Senkung des Reichsbankdiskonts, die sich infolge des Devisenabflusses noch immer vergrößere. Das genaue Gegenteil von dem, was der Faschismus predige, sei der Weg aus der Krise: nicht Krieg oder Bürgerkrieg und Terror,

sondern Friede und Freiheit schaffen Brot.

In der Aussprache behandelten Lengensdorf und Stettler vom Gesamtverband das von Brauntal behandelte Problem von der entgegengesetzten Seite. Sie betonten, nur die Befreiung von Arbeit und Brot durch jede nur mögliche und praktisch tragende durchführbare Hilfsmaßnahme sichere Frieden und Freiheit, sei also die wirksamste Waffe zur Abwehr des Faschismus. Lengensdorf kritisierte scharf die Skandalös, bewußt herbeigeführte Finanzknappung in den Gemeinden und die Vahllegung der öffentlichen Wirtschaft in der Arbeitsbeschaffung. Vor einem Jahre habe Steuergewalt vor den Gewerkschaften große Worte gemacht und davon gesprochen, daß in Kürze für einige hunderttausend Bauarbeiter Arbeit beschafft werde. Nichts von alledem sei eingetroffen. In allen von der Arbeitslosigkeit heimgesuchten Ländern luche man mit Hilfe von Arbeitsbeschaffung den mit der Not verbundenen politischen und moralischen Gefahren solange vorzubeugen, bis auf natürlichem Wege eine Besserung wieder eintrete. Nur in Deutschland warre man allem Anschein nach auf ein Wunder. Stettler zeigte an Hand verschiedener Beispiele, wie in den einzelnen Ministerien im Reich wie in Preußen von den Behörden allerschand zur Verringerung der Arbeitslosigkeit getan werden könne. Von Gewerkschaften und Partei müsse unter allen Umständen mehr Aktivität erwartet werden, damit den Verantwortlichen eingeschalt werde. Der Druck des 48 müsse immer nur gegen die Arbeiter angewandt, während Unternehmer und Nazis sich gegenseitig in die Hände arbeiten könnten. Die Nazis rühmten sich bereits, daß die auf die Straße gemorrenen Arbeiter nur mit ihrer Hilfe, d. h. also nicht durch die Arbeitsämter wieder Arbeit bekommen. Gegen die systematische Diskreditierung der Republik könnten nur Taten helfen.

Die Kundgebung schloß mit der Annahme einer Entschließung. Darin wird gefordert: Beseitigung der künstlichen Hochhaltung der Preise durch monopolistische Bindungen, Kürzung der Arbeitszeit, Stärkung der Kaufkraft, Einstellung des Lohn- und Gehaltsabbaus, handelspolitische Verhandlungen, Revision der Reparationsverpflichtungen, Stärkung der Republik und rückwärtslose Abwehr aller faschistischen Bestrebungen.

Partei-Nachrichten

Wahl. Die von der Sozialdemokratischen Partei anberaumte Versammlung im Rathaus mußte, da ein sehr großer Andrang war, ins Volkshaus verlegt werden. Genosse Ad. Häffner referierte über das Arbeitslosen-Verführerengesetz. Bis ins kleinste legte er das Gesetz und seine Anwendung bei allen eintretenden Fällen aus. Der Fragenstellung aus der Versammlung konnte nach jeder Richtung hin gebiert werden. Die Versammlung nahm einen würdigen Verlauf.

Aus dem Gerichtssaal

Ein Vielseitiger
— Freiburg, 21. Jan. Das Schöffengericht verhandelte heute gegen den 40 Jahre alten Karl Biedel aus Mollterdingen, der von einem Gelehrten von Anlagen umgeben war. Er fällte, um widerrechtlich Provisionen zu erlangen, in Mollterdingen Bestellungen auf eine Zeitschrift; zum gleichen Zweck legte er als Kellner einer Firma in Basel fingierte Kundenbestellungen vor, wofür er 257 Franken einbehielt. In Au bei Freiburg ging B. nachts auf Wachebühnen aus, in Mollterdingen ließ er sich gegen eine Hausdiele eine fällige Beleidigung aufschreiben lassen. Als Parteifunktionär und Wundarbeitsrat trat B. in Heumühle und Untertalferthal eine fällige Beleidigung aufschreiben lassen. Die Krönung seiner Streiche war das Auftreten des B. in Freiburg-Währingen in der Rolle eines Freiburger Kriminalbeamten, als welcher er eine Verhaftung vornahm, die an eine Overtentziane grenzt. Wegen Betrugs, Betrugsversuchs, Diebstahls, Urkundenfälschung, tätlicher Beleidigung und Amtsannahme wurde er mit Einrechnung einer in Stuttgart verhängten Strafe von 10 Monaten zu insgesamt 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Auskünfte der Redaktion
H. A. Ihr Tischnachbar hat nicht recht, wenn er behauptet, daß der Nazikabirator und Bierbrauer Worch in der Brauerei Schrempf beschäftigt ist. Sinegen stimmt Ihre Behauptung, daß Worch in der Brauerei Wolf in Arbeit steht.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Sterbefälle und Beerdigungsseiten: 21. Jan.: Elisabeth Postweiser, 71 Jahre alt, Witwe von Andreas Postweiser, Metzgermeister. — 22. Jan.: Sofie Raab, 66 Jahre alt, Witwe von Karl Raab, Tagelöhner (Unterwiesheim). Rudolf Linde, 19 Jahre alt, ledig, Maler (Teufelshäuser). Karl Geisler, 27 Jahre alt, Ehemann, Schlosser. Franz Ufer, 59 Jahre alt, Ehemann, Maschinenarbeiter. — 23. Jan.: Kofalie Müller, 60 Jahre alt, Witwe von Dr. Eberhard Müller, Professor. Feuerbestattung am 26. Jan., 12 Ubr. Philippine Jäger, 78 Jahre alt, Witwe von Wilhelm Jäger, Architekt. Beerdigung am 26. Jan., 12 Ubr. Maximilian Seemann, 76 Jahre alt, Ehemann, Kaufmann (Wülzburg).

Die Volkssingakademie

hält am Mittwoch, den 28. Januar, im kl. Konzerthausaal unter persönl. Leitung: Dr. H. Knöll ihre Frauenprobe ab und erwartet auch Dich Leserin!
Monatsbeitrag für Frauen 25 Pfg

Tätigkeitsbericht des Standesamts der Stadt Durlach für das Jahr 1930

a) Geburten

Jahr:	1914	1921	1927	1928	1929	1930	Bemerkungen
Zahl der Geburten	351	251	240	233	261	237	Einwohnerzahl darunter:
ehestlich männlich	177	117	101	91	115	114	1914: 15186
ehestlich weiblich	125	110	108	109	108	80	1921: 14950
unehestlich männlich	26	11	19	19	16	25	1927: 18537*
unehestlich weiblich	23	13	12	14	22	18	1928: 18571*
Zwillingpaare	4	2	2	5	2	—	1929: 18654*
bei der Eheschließung legitimiert	9	1	14	27	22	20	1930: 18564* *inkl. Aus

b) Eheschließungen

Zahl der Eheschließungen	117	195	115	144	122	128
darunter:						
beide evangelisch	72	110	69	77	62	75
beide katholisch	11	16	14	21	12	9
evang. u. kath. gem.	32	62	24	38	47	41
beide israelitisch	—	—	—	—	—	—
sonstige	2	7	8	7	1	3
Eheschließungen wurden vorgemert	3	9	6	10	10	14

c) Sterbefälle

Zahl der Sterbefälle	210	158	154	173	218	192
darunter:						
Totgeborene	11	17	8	6	6	11
unter 1 Jahr	65	28	12	16	15	13
von 1-5 Jahren	11	8	5	7	2	3
von 6-15 Jahren	3	4	3	3	4	6
von 16-30 Jahren	20	16	16	12	25	23
von 31-50 Jahren	25	22	25	31	32	25
von 51-70 Jahren	39	25	51	62	85	62
von 71-80 Jahren	—	—	12	24	35	34
über 80 Jahren	81	86	83	88	87	90
d.h. Mann war alt	84	84	88	89	90	91

d) Sontige Geldfälle

Aufgebotsanträge wurden gestellt	116	129	119	123
darunter:				
Aufgebote außer zum hiesigen auch zum auswärtigen Anschlag	71	77	71	59
Aufgebotsbefreiungen bzw. Abkürzungen	1	4	5	2
Standesamtliche Ermächtigungen	6	7	8	5
Auf Erlauchen auswärtiger Standesämter veränderte Aufgebote	76	97	86	81
Registrieren eingetragen	1018	1100	1202	1114
Stammbücher wurden ausgefüllt	103	125	143	127



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

26. Januar: 1718 Staatsstreich Phil. v. Orleans. — 1823 Jenner, Schutzimpfung. — 1869 Engl. Dichter und Charitistenführer Ernst Jones. — 1920 Attentat auf Erzberger in Berlin. — 1923 Arbeiter-Dichter Alfons Behold. — 1930 Trans. Parteitag in Paris (Gegen Regierungsveränderung.)

Die Mieter protestieren

Gestern, Sonntag, hielt die Mietervereinigung Karlsruhe im Coliseum eine Protestversammlung ab, die sich gegen die Absichten der Hausbesitzerorganisation wandte. Der Besuch hätte ein besseres sein dürfen, viele Mieter haben den Ernst der Stunde noch nicht erfasst, sie schimpfen dann lieber, wenn sie zu Schaden gekommen sind.

Herr Ripphahn als Vorsitzender der Mietervereinigung eröffnete unter Hinweis auf die allgemeine Notlage breiter Bevölkerungsschichten die Versammlung und erteilte dem aus Mannheim gekommenen Referenten, Herrn Stadtrat Kamm, das Wort zu seinem Vortrag.

Der Redner machte einleitend seiner Ausführungen auf die bedauerliche und täglich zu beobachtende Tatsache aufmerksam, daß die meisten Mieter die Mietergesetzbestimmungen nicht zu schätzen wissen. Bieleicht erst dann, wenn dieselben einmal aufgehoben sind, werden sie gewürdigt. Das Ziel der Organisation des Hausbesitzes geht darauf hinaus, den Mietern die Möglichkeit zu beseitigen was zu einer außerordentlichen ungerechtfertigten Belastung der Mieter führen würde. Der Hausbesitzer-Vertreter, Herr Wille, macht sich mit seinen Ausführungen selbst bei einem Teil Hausbesitzer, die noch etwas laßloses Empfinden haben, unerträglich. Seine Redensarten, wie Ausplünderung und Beraubung des Hausbesitzes, sind landbekannt. Das Rezept der Hausbesitzer ist, wer schreit, bekommt etwas, wer mehr schreit bekommt noch mehr. In Baden ist man mit den Loderungsbestimmungen so ziemlich an erster Stelle, doch damit begnügen sich die Hausbesitzer nicht. Ihr Endziel ist: Beseitigung des Mietergesetzes! Diese Bestrebungen werden auch besonders von dem Syndikus Dr. Dierle geführt. Aufhebung der noch fargen Bestimmungen bedeutet eine allgemeine Mieterhöhung mit dem Erfolge, daß eine Abwanderung der Großwohnungsmieter nach den Kleinwohnungen eintritt und dadurch eine weitere Steigerung der Kleinwohnungspreise eintritt. Dies ist auch bei den Geschäftsräumen bereits eingetreten, sowie auch bei Wohnungen. Der Badische Landtag unter Mitwirkung des Zentrums hat mit der Loderung den Anfang gemacht. Der jetzige Innenminister, so betonte der Redner, habe sich bis jetzt als eine Stütze der Hausbesitzer erwiesen, er sei ein warmer Befürworter für die Umlegung aller Steuererhöhungen auf den Mieter. Gegen diese Bestrebungen muß energisch Front gemacht werden durch die gesamte Mieterschaft. Die Regierung muß zeigen, daß sie nicht gewillt ist, sich von den Hausbesitzern diktieren zu lassen und fordern wir deshalb eine andere Haltung (Starker Beifall). Das Bedenkliche bei der Gebäudebesondersteuer ist, daß sie zum großen Teil zum Ausgleich der Gemeindefinanzlücke benutzt wird, wodurch der Wohnungsbau sehr stark vernachlässigt wird. Es mußte betont werden, daß es noch anständige Hausbesitzer gibt. Der Kampf richtet sich aber gegen die Organisation mit ihren unerschämten Forderungen. Die Karlsruher Mieter bezahlen heute schon meist mehr als die gesetzliche Miete. Nach dem 1. April kann nicht mehr auf § 1 des Mietergesetzes Bezug genommen werden, auch die Gewerberäume, die nach dieser Zeit durch den Mieter gewechselt werden, verlieren den Mieterchutz. Die Gebäudebesondersteuer ist von jeder eine Zweifachsteuer gewesen und muß auch als solche erhalten bleiben zur Lösung kulturelle Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungsbau. Es muß Schluß gemacht werden mit dem Barakkenbau und den miserablen Hinterhauswohnungen. Für die Hausbesitzer ist die soziale und Wohnungsfrage gelöst. (Beifall.) Die Mietervereinigung ist eine Bewegung zur Umgestaltung der Wohnungswirtschaft, daran mitzuarbeiten, ist Aufgabe aller Volksgenossen.

Dem Redner wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall zu teil. Herr Ripphahn gab noch einige Zahlen zur Illustration des Wohnungsbedarfes. In Karlsruhe sind 36 Prozent aller Wohnungen zwei bis drei-Zimmerwohnungen, während 85 Prozent aller Einwohner ein Einkommen von unter 3000 M. haben. Bemerkenswert wurde, daß in Thüringen der Mieterchutz nahezu vollständig aufgehoben ist.

Eine an den Badischen Landtag gerichtete Entschließung fand einstimmige Annahme, so daß Herr Ripphahn die sehr harmlos verlaufene Versammlung schließen konnte.

Von der Grippe

Die epidemische Grippe, auch Influenza genannt, ist eine überaus leicht übertragbare Krankheit, die von Zeit zu Zeit in gewaltigen Seuchensituationen ganze Länder und Erdteile heimsucht. Die Übertragung der Grippe erfolgt durch feinste Lebewesen, wobei der kranke Mensch die Hauptquelle der Weiterverbreitung bildet. Der Krankheitserregter findet sich auf den Schleimhäuten des Mundes und des Rachens, der Nase und der oberen Luftwege und wird beim Husten oder Niesen mit winzigen Schleimtröpfchen in die Luft hinausgeschleudert. Neben dieser wohl häufigsten Verbreitungsweise wird der Krankheitserreger auch durch Hände, Taschentücher und anderen von Grippekranken berührten Gebrauchsgegenständen, die mit Mund- und Nasenschleim, Auswurf oder dergl. befeuchtet sind, übertragen. Auch von Leichtkranken oder noch nicht völlig Genesenen kann der Krankheitskeim auf andere übergehen. Die Weiterverbreitung wird dadurch begünstigt, daß leicht Erkrankte oft noch ihrem Beruf nachgehen, so daß schon der tägliche Verkehr zu Grippefällen zahlreiche Verbreitungsmöglichkeiten mit ansteckungsfähigen Personen mit sich bringt.

Um der Ausbreitung mit Grippe vorzubeugen, merke man nach Möglichkeit den Verkehr mit Grippekranken, sowie überhaupt größere Menschenansammlungen. Besonders achte man darauf, nicht von anderen Personen angehaucht zu werden.

Besmer ist in Zeiten einer Grippeepidemie auf Reinlichkeit des Körpers, häufiges Händewaschen, insbesondere vor Einnahme der Mahlzeiten, regelmäßige Mund- und Zahnpflege, öfteres Lüften und Reinhalten der Aufenthaltsräume besonders Bedacht zu nehmen. Auch ist häufiges Gurgeln mit desinfizierenden Lösungen zu empfehlen.

Man schütze sich durch zweckmäßige Kleidung und durch angemessene, aber nicht zu hohe Erwärmung der Wohnräume vor Erkältung und sei bemüht, durch geregelte Lebensweise und durch Vermeidung von Erschöpfung und Überanstrengungen seinen Körper widerstandsfähig zu erhalten.

Der Krankheitsverlauf der Grippe ist außerordentlich wechselvoll. Wie schon der Name Grippe (griech. = erwischen, erfassen) besagt, ist fast allen Formen der Krankheit der plötzliche Beginn mit Frost-

gefühl, raschem Temperaturanstieg und allgemeiner Mattigkeit gemeinsam. Die typische Grippe äußert sich in einem plötzlich einsetzenden Fieberanfall von ein- bis mehrtägiger Dauer, verbunden mit heftigen Kopfschmerzen, Schwindel, Rücken- und Gliederschmerzen, mit unerschöpflicher Müdigkeit und hartnäckiger Appetitlosigkeit.

Bei der Behandlung der Grippe ist die wichtigste Forderung, daß die fiebernden Kranken sich unerschöpflich zu Bett legen und auch nach erfolgter Entfieberung noch einige Tage Bettruhe halten, um die Gefahr eines Rückfalls oder von Nachkrankheiten zu vermeiden. Grippekranken sollen, solange sie fiebern und sonstige Krankheitserscheinungen, haben, ihre Berufstätigkeit aussetzen.

Das künftige Wohnungsbauprogramm

Der Verbandsausschuß des Badischen Verbandes Gemeinnütziger Bauvereinigungen e. V., Karlsruhe, der kürzlich eine Sitzung abhielt, hat zu dem künftigen Wohnungsbauprogramm folgende Entschlüsse gefaßt:

In der der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 2. Dezember 1930 vorgesehene Kürzung der für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel aus der Gebäudebesondersteuer droht für das Jahr 1931 einen verhängnisvollen Rückgang der Bautätigkeit zu bringen. Diese Kürzung der Mittel um die Hälfte derjenigen, die im Jahre 1930 zur Verfügung standen, würde bei uns in Baden umso gefährlicher sein, als bereits im vergangenen Jahre durch das Finanzgesetz der Anteil aus der Gebäudebesondersteuer für den Wohnungsbau um etwa 7.000.000 RM gekürzt wurde. Eine weitere Herabsetzung dieses bereits im März 1930 stark reduzierten Betrages um die Hälfte hätte einen so gewaltigen Rückgang der Bautätigkeit zur Folge, daß die ohnehin schon große Zahl der Arbeitslosen noch weiter vermehrt und die vorhandene schwere wirtschaftliche Depression des Baugewerbes und des Bauhandwerkes unerträglich würde.

Wir richten daher an die Regierung die dringende Bitte, von der Veranlassung des § 6 Absatz 2 (Teil 4 Kap. I a. a. O.) Gebrauch zu machen und die für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel nicht um die Hälfte, sondern wie dies in Preußen geschieht, nur um ein Drittel zu kürzen. Bei der Verteilung der Mittel bitten wir die Organisationen, die den gemeinnützigen Wohnungsbau besonders gefördert haben, im Interesse der Minderbemittelten und der ärmere Familien in erster Linie zu berücksichtigen; bezüglich der Wohnungsfrage bitten wir hierbei nicht die engen Bestimmungen des künftigen Wohnungsbauprogrammes der Reichsregierung zu Grunde zu legen, sondern den Bauvereinigungen in dieser Beziehung freiere Hand zu lassen.

Im Hinblick auf die kritischen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte erwarten wir von Regierung und Landtag, daß sie das Möglichste tun, um die nachteiligen Folgen, die die Reichsverordnung für den Wohnungsbau 1931 haben wird, auf das geringste Maß zu beschränken.

Kommunisten und Straßenbahner

Man schreibt uns: Aus einem Gespräch der deutschen Straßenbahner entnehmen wir eine Notiz, die angesichts der Bestrebungen der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ bei den Karlsruher Straßenbahnern nicht ganz ohne Reiz ist. Bekanntlich bemüht sich die kommunistische Straßenbahngewerkschaft und Stadtverordnete Liebig in der Karlsruher Straßenbahner in seine kommunistische R.G.D. zu dirigieren. Um kein Stadtverordnetenmandat zu erhalten, muß er die Befehle seiner Partei nachsich zur Durchführung zu bringen. Auch an anderen Orten versuchen die Kommunisten ihre teuflische Zersplitterungsarbeit. Aber was für Elemente basen an der „Tüte“ sind, dafür zwei Fälle: Der Führer der kommunistischen städtischen Straßenbahner in Köln, Sowjetgenosse Böser, der als Stadtverordneter deshalb abgelehnt wurde, weil er keine Dienst-Karte dazu benötigte, um mit „Befreundeten“ Frauen Vergnügungsfahrten zu machen. Kurz vorher wurde der kommunistische Parteiführer Sommer in Köln rechtskräftig zu Gefängnis verurteilt und ihm auf die Dauer von drei Jahren die Fähigkeit aberkannt, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Sommer hatte die Stadtverordneten-Fraktion seines Sowjetfreundes Ruffe andauernd widerrechtlich benutzt. Wie er in den Besitz der Karte gekommen war, konnte nicht festgestellt werden, er hatte sie angeblich auf der Straße gefunden.

Das sind die Parteifreunde derjenigen, welche auch unter den Karlsruher Straßenbahnern Zersplitterung anrichten wollen. Bei der Betriedsstreik glauben auch die Herren Riedinger und Böning ihr Süppchen Loch zu können. Soffentlich sind die Karlsruher Straßenbahner so vernünftig, daß sie diesen Zersplitterern den verdienten Fußtritt geben.

Aus den Vereinen

Musikverein Eintracht-Generalsammlung

Am Sonntag, 18. Januar, hielt der Musikverein Eintracht Karlsruhe im Lokal von Tivoli seine Generalsammlung. Nach einem schneidigen Regenschauer trafen unter der bewährten Leitung unseres Dirigenten, Herrn Musiklehrer Julius Alldorf, eröffnete 1. Vorsitzender Herr Karl Landmesser die Versammlung. Nach Bekanntgabe des Geschäfts- und Kassenberichts, dem zu entnehmen war, daß sich der Verein zur Zeit auf einem aufsteigenden Wege befindet, wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Das im Musikverein Eintracht ein gutes Verhältnis zwischen Vereinsleitung und Mitgliedern besteht, beweist, daß die gesamte Vorstandschaft mit Herrn Landmesser an der Spitze wieder auf die weitere Dauer von zwei Jahren gewählt wurde. Um auch unseren Mitgliedern in dieser schweren Zeit etwas zu bieten, wurde beschlossen, alle Monate eine Versammlung abzuhalten, bei der unsere Musiker sowie die dem Verein neuangeworbene Leistungsbereitungen mitwirken sollen. — Nach Bekanntgabe einiger weiterer Entschlüsse, wie Weihnachtsfeier, Wankonsert am Sonntag der Karlsruher Volksgemeinschaft, Malausflug usw. schloß der Vorsitzende die Versammlung. Anschließend fand dann ein gemütlicher Familienabend statt, der die Eintrachtfamilie noch recht lange zusammenhielt, so daß dieses schöne Mittelfest bei dem Heimweg entriet.

Generalsammlung der Sängerkunft Karlsruhe

Am Samstag, 17. d. M., hielt der Verein seine verhältnismäßig gut besuchte Generalsammlung im Lokal zur Krone ab. Nach dem Sängerspruch eröffnete der 1. Vorsitzende dieselbe und gab einen kurzen Rückblick über das vergangene Geschäftsjahr, in welchem bekanntlich das sechszehnte Bestehen gefeiert wurde. Seltener ist es einem so jungen Verein vergönnt, trotz wirtschaftlicher Not, stets im Aufstiege zu bleiben. Geschäfts- und Kassenberichte letzten Zeugnisses demonstrieren, daß alle Bemühen sich in bewährten Sünden befinden. Wie zu erwarten war, brachte die Neuwahl keine Veränderung, sondern lediglich die Weiterverpflichtung eines Mitgliedes, welcher auf Antrag jedes Jahr stattfinden soll, um im Laufe der Zeit recht vielen Mitgliedern Einblick in die Geschäfte des Vereins geben zu können. Ubrigens eine sehr nachahmungswürdige Einrichtung. Dank der großen Anwesenheit in der Disko konnte noch berichtet werden, daß sämtliche Beschlüsse voran letztes überfüllte Räumlichkeiten aufweisen konnten. Hoffen wir, daß

das laufende Jahr gewisse Erleichterungen in wirtschaftlicher Hinsicht bringt, damit sich der Verein noch stärker entwickeln kann, zum Wohle des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Der Bürgerverein des Weisfelderfeldes e. V.

hielt am Samstag, 17. Januar, abends 8 Uhr, im Weisfelderfeld sein diesjähriges Generalsammeln ab. Der 1. Vorsitzende Herr Saffmann begrüßte zunächst die zahlreich erschienenen Mitglieder des Vereins und gedachte der im Laufe des Jahres verstorbenen Mitglieder. Zur Verlesung gelangte nun der Tätigkeits- sowie der Kassenbericht und es wurde festgestellt, daß das Jahr 1930 ein sehr arbeits- und erfolgreiches Jahr gewesen ist. Besonders der Bericht des Kassiers über die Kassenverhältnisse lautete trotz der schlechten wirtschaftlichen Notlage sehr günstig und wurde von den Mitgliedern lobend anerkannt. Die verschiedenen eingebrachten Anträge wurden zum größten Teil zur Zufriedenheit erledigt.

Anschließend fand die Neuwahl des Vorstandes statt, die diesmal sehr rasch vor sich ging, da der Gesamtzustand bis auf wenige Ausnahmen einstimmig wiedergewählt wurde und sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzte: 1. Vorsitzender Hoffmann, 1. Schriftführer Schäfer, 1. Kassier Fuchs. Ebenso wurden zum neuen Vorstand noch eine Anzahl Weisfelder einstimmig gewählt. Nach Erledigung einiger Fragen und Anregungen konnte der 1. Vorsitzende die äußerst gut verlaufene Versammlung schließen.

Volkshöhle

Dienstag, 27. ds. M., findet abends 8 Uhr im Gartenjahr des Friedhofes die alljährliche ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins statt. Die Tagesordnung ist durch die Monatsblätter der Volkshöhle bereits bekanntgegeben. Bekanntlich räumen die Satzungen jedem Mitglied das Recht ein, an der ganzen Ausgestaltung der Volkshöhle mitzuwirken. Der gegebene Ort hierfür ist die Mitgliederversammlung. Hier kann jeder seine Wünsche und Klagen vorbringen. Es ist darum dringend zu wünschen, daß möglichst viele Mitglieder der Volkshöhle an der Versammlung teilnehmen. Jedes einzelne Mitglied, das sich durch seine Mitgliedskarte ausweist, hat Stimm- und Stimme in der Versammlung.

Der Ausbau des deutschen Arbeitsrechts

Seute Montag, 26. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus naher Vortragsabend im Rahmen unseres Bildungsprogramms. Herr Dr. W. Schölerer, Frankfurt a. M., behandelt das Thema „Der Ausbau des deutschen Arbeitsrechts“. Die Betriebsräte, Vertrauensleute und sonstigen Gewerkschaftsangehörigen werden zu diesem hochinteressanten Vortrag freundlich eingeladen und wird zahlreicher und pünktlicher Besuch ermartet.

(3) Tagung der Kriegsarbeiterforen. Am Sonntag, den 1. Februar, findet pünktlich 11.15 Uhr im Bürgerpale des Karlsruher Volksbundes die Landesverbandstagung des Landesverbandes Baden des Volksbundes Deutsche Kriegsarbeiterforen statt.

Musik aus der Luft. Auf das heutige Inerat der Firma Göttschmann sei hingewiesen, das eine Genation für Karlsruhe am künftigen „Musik aus der Luft“. Alles Nähere über die virtuellen Vorführungen der weltberühmten Theater in 'sehen Erfindung geht aus dem Inerat hervor. Der Eintritt ist frei.

Lichtspielhäuser

„Der Hampelmann“ in der Schauburg

„Schön wärs, ja wunderbar wärs“, so singt der bestbelegte Film- und Musiktheater in dem zur Zeit in der Schauburg gesehene Tonfilm „Der Hampelmann“ und das ganze Haus jubelt begeistert und hingerissen mit. Soll man noch mehr verraten? Der Film bietet mit seinen grotesken Einfällen und entzündlichen Bildern und Situationen, und nicht zuletzt mit seinen schmerzhaften Schlägen vorzügliche Unterhaltung. Alles amüsiert sich, freut sich und lacht, mehr kann man wirklich nicht verlangen. — Auch die übrigen Nummern wie „Bubi baut 'n Wolfenkrater“, der Kulturfilm „Ni, das Paukier“, sowie eine allige Grotesk, haben dem Programm einen vornehmen unterhaltenden Anhalt. Deshalb dem beim Verlassen des Theaters allgemein „Schön wärs, ja wunderbar“.

Veranstaltungen

Stadler-Wald-Sonntagsabend. Eine Mozart-Feier im Rahmen der Stadler-Wald-Sonntagsabende. Der 29. Januar, im Eintrachtssaal veranstaltet, bringt als Eintakt die bekannte deutsche Pianistin Gertrud Gub und Konzertmeister Josef Weidner spielen über die schönsten Mozart'schen Sonaten für Klavier und Violine. Beide Künstler haben einen Roman als hervorragende Mozartintermes und erleben in dem Werke dabei, das Gedächtnis des vor 175 Jahren (am 27. Jan. 1756) geborenen Weisers zu feiern. Karten sind noch an der Abendkasse erhältlich.

Mingelampe im Coliseum. Die Mingelampe befindet sich schon heute in einem außerordentlich lebhaften und erregten Zustand. Die Mingelampe wird als Eintakt die bekannte deutsche Pianistin Gertrud Gub und Konzertmeister Josef Weidner spielen über die schönsten Mozart'schen Sonaten für Klavier und Violine. Beide Künstler haben einen Roman als hervorragende Mozartintermes und erleben in dem Werke dabei, das Gedächtnis des vor 175 Jahren (am 27. Jan. 1756) geborenen Weisers zu feiern. Karten sind noch an der Abendkasse erhältlich.

2. Konzert des Instrumentalvereins. Das Konzert, das der Instrumentalverein Donnerstag, den 29. Januar, im Eintrachtssaal veranstaltet, bringt als Eintakt die bekannte deutsche Pianistin Gertrud Gub und Konzertmeister Josef Weidner spielen über die schönsten Mozart'schen Sonaten für Klavier und Violine. Beide Künstler haben einen Roman als hervorragende Mozartintermes und erleben in dem Werke dabei, das Gedächtnis des vor 175 Jahren (am 27. Jan. 1756) geborenen Weisers zu feiern. Karten sind noch an der Abendkasse erhältlich.

Veranstaltungen

Montag, 26. Januar: Bad. Landes-Theater: Das Kamm des Armen. 19.30 Uhr. Coliseum: Instrumental-Vorlesungsprogramm. 20 Uhr. Badische Lichtspiele: Robert Louis Stevenson. 20.30 Uhr. Musik-Vorlesung: Charles Kurrier. Badische Lichtspiele: Der tolle R. u. R. Feldmarschall. Badische Lichtspiele: Die singende Stadt. Schauburg: Der Hampelmann. Union-Theater: In einer kleinen Konditorei. — Aufruf im Zooausstellungshaus. Samstag, 17. d. M.: Haus Sölling, Ritterstraße 5: Opalena-Vorlesung. 10-20 Uhr. Zum Vertreter: Erstklassige Konzerte. Badischer Musikverein: Aufführung Prof. Jul. Bergmann. 10-11 Uhr und 2-4 Uhr. Haus der Gesundheit, Karl-Wilhelmstraße 1: Rockmusikstunde für Kinder. 15.30 Uhr und 17.30 Uhr. Göttschmann-Bühnen: Ein Spiel: Euli und Doorkel. 20 Uhr.

Die Polizei berichtet:

Selbstmord

Am Samstag nachmittag mußte die Polizei in der Altstadt einen verheirateten Bauarbeiter festnehmen, weil er in der Trunkenheit seine Wohnungseinrichtung demolierte und seine Kinder mit Gelschneidern bedrohte, so daß sich diese hilfesuchend an die Polizei gemeldet haben. Der Festgenommene sollte abends, nachdem er seine Nüchternheit wieder erlangt hatte, entlassen werden. Als die Polizei um 10 Uhr abends die Arrestzelle öffnete, fand sie den Bauarbeiter am Gitterfenster der Zelle hängend vor. Nachdem er noch um 8 Uhr abends kontrolliert worden war, hatte er sich offenbar bald danach mit seinem Hemd, das er ausziehen konnte, erhängt. Sofort anstellte Wiederbelebungsvorkehrungen waren erfolglos.

Selbstmordversuch

Ein verheirateter 25 Jahre alter Lagerarbeiter versuchte sich am Sonntag nachmittag in seiner Wohnung in der Altstadt durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Er wurde von Hausbesohnern in letzter Minute gerettet und von der Polizei im bewußtlosen Zustand ins Krankenhaus eingeliefert. Es besteht Lebensgefahr.

Raubversuch

Am Sonntag abend um 10 Uhr wurde eine ledige 25 Jahre alte Hauswirtschafterin in der Schwarzwaldstraße bei der Bekanntschaft von zwei unbekannten Männern angehalten, die mit vorwählender Waffe verurteilten, ihr die Handtasche zu entreißen. Auf die Sirene der Angehörigen hin gingen die Täter flüchtig. Die Kriminalpolizei verfolgt den Fall.

Verstoß gegen das Uniformverbot

Am Sonntag mittag mußte die Polizei gegen einen Nationalsozialisten einschreiten, der in voller Uniform durch die Kaiserstraße ging. Die Uniformstücke wurden ihm abgenommen.

Zwei Lehrlinge als Diebe festgenommen

In der Nacht zum Sonntag wurden zwei 15jährige Lehrlinge festgenommen, die dem Vater des einen Lehrlings, einem Kaufmann von hier, Geld und Schmuckgegenstände im Gesamtwert von etwa 2000 M. geklaut hatten. Bei der Einvernahme durch die Polizei stellte sich heraus, daß die beiden schon einmal vor etwa 14 Tagen demselben Vater Geld und Schmuck im Werte von 1075 M. entwendet hatten. Sie wollten damit ins Ausland fliehen. Beide wurden ins Gefängnis eingeliefert.

Körperverletzung

Auf dem Weipfahle gerieten am Freitag nachmittag zwei Schauspieler und ein Kraftwagenführer miteinander in Streit. Alle drei trugen zum Teil erhebliche Verletzungen davon. — Ungezügelt wurde ein Weipfahler aus Durlach, weil er im Streit in einer Wirtschaft in Durlach einen Wegger mit einem Schlagring erheblich verletzte.

Wozart-Abend. Zum Gedächtnis des 175. Geburtstag von W. A. Mozart veranstalteten die beiden Karlsruher Künstler Gertraud Ebis, Sängerin und Josef Weisner, Pianist, am Montag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Konzertsaal der Bad. Hochschule für Musik einen Sonatens-Abend, an welchem sie die Wozart'schen Sonaten in F-Dur, G-Moll, G-Dur und B-Dur für Klavier und Violine zur Aufführung bringen werden. Sowohl Gertraud Ebis wie auch Josef Weisner sind als hervorragende Wozartspieler bekannt; vor wenigen Wochen hat Konzertmeister Weisner mit seinem Bad. Kammerorchester drei Wozartsonaten von Mozart vorgetragen. Der großartige Erfolg, den er bei diesem Konzert hatte, läßt mit Bestimmtheit erwarten, daß er mit seiner hervorragenden Partnerin auch diesen Wozart-Abend weit über den Durchschnitt hinausheben wird. Der Vorkauf bei den bisherigen Musikveranstaltungen ist bereits erfolgt.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

- Bürgerausschuffraktions-Vorstand**
Seute Montag abend 8 Uhr Sitzung des Fraktionsvorstandes im Sitzungszimmer des Volksfreunds.
- Arbeitsgemeinschaft Jugendheim**
Nächster Abend heute Montag, 26. Januar. Thema laut Ueberwindung der Frage Diktatur oder Demokratie im Lichte von Kennis und Willen der Arbeiterklasse. Um zahlreiches Besuch wird gebeten.
- Frauengruppe Bezirk Oststadt**
Dienstag, 27. Januar, abends 7.30 Uhr, findet im Handarbeitsaal der Karol-Wilhelm-Schule ein Frauenabend statt. Gedächtnisfeier für die Frauen der Nationalsozialismus, Genossinnen und Volksfreundinnen und ihre Töchter sind freundlichst eingeladen.
- Hartholzabteilungen**
Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im „Prins Verthold“ Generalversammlung. Vortrag des Parteivorstandes Wilhelm Koch über „Die gegenwärtige politische Lage“.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.
- Bezirk Mittel- und Südweststadt**
Am Mittwoch, 28. Jan., abends 8 Uhr, findet im „Cambrinus“ unsere diesjährige Bezirksgeneralversammlung statt mit Vortrag des Genossen Professor Wilhelm über: „Das kulturelle Gesicht des Hochkapitalismus“.
Die Genossinnen und Genossen unseres Bezirks werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.
- Bezirk Altstadt**
Am Mittwoch, 28. Januar, abends 8 Uhr, findet im König von Württemberg (Eingang Jägerstraße) die Bezirksgeneralversammlung mit Vortrag des Gen. Stens über „Faschismus und Arbeiterklasse“ statt. Die Parteimitglieder werden zu zahlreichem Besuch hiermit freundlichst eingeladen.
Die Vorstandsmitglieder treffen sich schon um 7.30 Uhr im gleichen Lokal.
- Generalversammlung**
Die diesjährige Generalversammlung findet am Mittwoch, den 28. Februar, statt.
Anträge, die auf der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen spätestens bis Montag, 9. Februar, an den Vorsitzenden Genossen Koch, Söthenstraße 30, eingereicht sein.

Bezirk Ruppurr
Öffentliche Volksversammlung
Genosse Minister Dr. Neumele
spricht am Donnerstag, 29. Januar, im Eishofensaal über „Wirtschaft und Politik“.

Unsere sozialistischen Arbeitervereine, Gesangsvereine, Sportvereine, Parteimitglieder, Volksfreundler von Ruppurr, Garthausen, Dammertod werden aufgefordert, alles zu tun, daß die Generalversammlung so besucht wird, daß sie unsere Genossen den nötigen Mut verleiht, sich für jeden, der zu uns gehören will, zu erheben!

Kleine bad. Chronik

In den Riesfio gefallen und erstickt

23. März, Amt Vörsach, 23. Jan. Der bei den Rember Wehrbauarbeiten beschäftigte 22 Jahre alte Arbeiter Otto Reichardt aus Zweibrücken fiel heute morgen kurz vor Beendigung der Nachtschicht in den großen Riesfio und wurde von den Riesmassen verschüttet. Obwohl der Vorfal sofort bemerkt wurde, konnte erst nach einer Stunde die Leiche des Unglücklichen in den Riesmassen gefunden werden.

e. Eysingen, 23. Jan. (Tödlicher Autounfall.) In der Nähe des Birkenwaldes auf der Landstraße nach Eysen verunglückte der Elektrikermeister Heinrich Häßelbarth auf einer Fahrt mit seinem Auto, indem dieses sich überholte, den Zufahren herauschleuderte und dieser dabei so schwere Verletzungen davontrug, daß er jetzt im hiesigen Krankenhaus gestorben ist.

Forchheim. Generalversammlung des Arbeiter-Gesangsvereins Freiheit. Auf letzten Sonntag hatte der Arbeiter-Gesangsverein Freiheit seine Mitglieder zur ordentlichen Generalversammlung in sein Lokal am Volksbau einladen. Die Versammlung war den Verbänden entsprechend gut besucht. Die Tagesordnung, die 7 Punkte umfies, wurde in dreistündigen Verhandlungen erledigt. Aus den Berichten der Funktionäre ging hervor, daß auch der Verein unter der wirtschaftlichen Not zu leiden hat, aber trotzdem hat die Sängerschaft eine Zunahme erfahren: der Stand der Sänger beträgt 80 Sänger und 35 Sängerinnen. Singstunden wurden im gesamten 74 abgehalten. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Funktionäre voll und ganz anerkannt, stellte sie sich doch bei jeder Gelegenheit der Arbeiterschaft zur Verfügung. Bei Vereinsveranstaltungen wurden besonders die beiden Konzerte lobend anerkannt und die Tätigkeit des Dirigenten, Herrn K. K. K., dahin gewürdigt, daß ein Antrag aus der Mitte der Versammlung einstimmig angenommen wurde, der besagt Herrn K. K. K. für seine Tätigkeit die Anerkennung auszusprechen. Unter Punkt Neuwahlen wurde die gesamte Verwaltung mit Ausnahme des seit längerer Zeit erkrankten Kassiers einstimmig wiedergewählt. Dem erkrankten Kassier wurde für seine Mißverwaltung Anerkennung und Dank ausgesprochen, mit dem Wunsch, daß er bald wieder in voller Gesundheit in Reich und Glied mitmarschieren könne. Mit einem Appell an die Anwesenden, auch im neuen Jahre sich in den Dienst des Vereins zu stellen, schloß Genosse Kupperecht die harmonisch verlaufene Versammlung.

Wollach. Ein Waldarbeiter, Wittgen, der schon seit einiger Zeit Spuren geistiger Umnachtung zeigte, istoch sich eine Revolverkugel in den Kopf. Er wurde in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus nach Schiltach verbracht.

Offenburg. Der neue Landgerichtspräsident. Landgerichtsdirektor Conrad Rind in Mannheim wurde zum Landgerichtspräsidenten in Offenburg ernannt.

Donaueschingen. Freitag nachmittag 4 1/2 Uhr brach in dem benachbarten Auen Feuer aus, dem das Anwesen des Dachdeckers Adolf Fürtterer vollständig zum Opfer fiel. Nur vier Stück Großvieh und zwei Schweine konnten gerettet werden, alles andere verbrannte. Das Feuer entzündete sich in dem Feuer, in dem die Frau des Handwerkers den Motor einschaltete um Kursfütter zu schneiden, doch ist die Brandursache noch nicht geklärt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ueber dem Nordmeer liegt noch immer der Kern einer starken Zykone, die in weitem Umfange die Witterung Europas beherrscht. In unser Gebiet ist über Sonntag flüchtiger aus Nordwesten stammende Luft eingebrungen und hat höchsten Temperaturzuwachs gebracht. Der allgemeine Witterungscharakter ist unbeständig geblieben. Im Gebirge hat es viel Neuschnee gegeben.
Wetterausfichten: Fortbauer der unbeständigen Witterung.

Kraichgau

Bruchsal

Koch. Wie allerorts, laßt auch auf unserer Gemeinde die Arbeitslosigkeit immer mehr zu. Es gibt hier allein 100 Ausgesteuerte, die einfach keine Beschäftigung mehr finden können, aber auch nicht den Nachweis der Bedürftigkeit erbringen können, da sie meist eine eigene Scholle besitzen. Hinzu kommen noch 140 weibliche und 150 männliche Arbeitslose, die die Erwerbslosenversicherung beziehen und meist zur Zigarrenindustrie zu zählen sind. Man hofft allerdings, nachdem eine Zigarrenfabrik den Betrieb teilweise wieder aufnehmen, auf eine Besserung. Dieser Tage wurden etwa 60 Str. Kartoffeln an Notdürftige verteilt, die nach der Ernte freiwillig gespendet wurden.

Idelheim. Bei den letzten Holaverfeinerungen im Domänenwald wurden vom Stammholz (meist Nadelholz) zwei Drittel des Anschlages erreicht, beim Brennholz wurde bis zu 10 M bei 2 Ster über den Anschlag geboten, was den Holzpreis für das halbe Kloster Buchenholz teilweise auf 40 M trieb. Auch die Wälder wurden durchschnittlich über den Anschlag verkauft.

Sulzfeld. Am vorletzten Sonntag hielt der Gewerbeverein in der Bier- und Weinrestauration Sauter seine ordentliche Generalversammlung ab. Schriftmeister Josef Weisner konnte die mittelmächtig besuchte Versammlung mit Worten der Begrüßung eröffnen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde. Die Bekanntgabe der Berichte ergab nichts Wesentliches, die Lage des Vereins in finanzieller Hinsicht ist nicht ungünstig zu nennen, der Mitgliederstand nur wenig verändert. Die Wahlen ergaben wieder: Schriftmeister Josef Weisner, 1. Vorsitzender; Zementeur H. Weisner, 2. Vorsitzender; Fortbildungsausschublehrer Richard Eckert, Schriftführer und Kassier. Nach Erlebung der Tagesordnung wurden auch die Vorgänge im Landesverband wie die für das Frühjahr wieder vorzulebende Ausstellung von Lehrinhalten erörtert. Ein gemütliches Beisammensein schloß sich an. — Anfangs voriger Woche fand auch eine Versammlung des landw. Konsumvereins statt, die von dem Vorstand deselben, David Kern, geleitet wurde. Zwei Punkte standen zur Beratung: Kaufmännischer und Neubegründung der Kassenstelle, da der jetzige Kassier von seinem Posten zurückgetreten ist. Bezüglich des letzteren Punktes wurde beschlossen, innerhalb 14 Tagen Anmeldungen von Bewerbern entgegenzunehmen. Aus den Anwärtern wird dann gelegentlich der Kassier ausgewählt werden, damit das vakante Amt wieder eine Besetzung erhält.

Aus dem Kraichgau. (Erfreuliches aus der Tabakindustrie.) In der durch die allseitigen Stilllegungen in der Zigarrenindustrie hervorgerufenen großen Arbeitslosigkeit tritt doch allmählich wieder eine Belebung ein, indem in den verschiedenen Orten unseres Bezirkes einzelne Betriebe wieder in Gang gesetzt werden. In Kronau a. B. wird bei den Mäslen Fa. Landfried und Weiser u. Co., Heidelberg, wieder gearbeitet, ebenso auch in Unterzombach hat die Fa. Rapp u. Sohn die Arbeit wieder aufgenommen, wie in Unteröwisheim die Fa. Neuhaus u. Co.

Albtal

Ettlingen

Der Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen — Ortsgruppe Ettlingen — hält am Samstag, 31. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Ritter (unteres Nebenzimmer) seine diesjährige Generalversammlung ab. Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung dürfte ein zahlreicher Besuch zu erwarten sein. Umständehalber mußte die Versammlung, welche ursprünglich auf den 1. Februar festgesetzt war, auf den kommenden Samstag verlegt werden, worauf jetzt schon besonders hingewiesen wird. Für den kommenden Samstag muß es also Aufgabe aller Mitglieder sein, soweit sie nicht anderweitig in Anspruch genommen sind, an der Generalversammlung teilzunehmen. Näheres folgt durch Inserat.

zu erwarten sein. Umständehalber mußte die Versammlung, welche ursprünglich auf den 1. Februar festgesetzt war, auf den kommenden Samstag verlegt werden, worauf jetzt schon besonders hingewiesen wird. Für den kommenden Samstag muß es also Aufgabe aller Mitglieder sein, soweit sie nicht anderweitig in Anspruch genommen sind, an der Generalversammlung teilzunehmen. Näheres folgt durch Inserat.

Murgtal

Kastatt

Nationalsozialistische „Judenfresserei“ in der Pragis
Auf der Rückseite der nationalsozialistischen Einladung für ihre am 20. Dezember d. J. in Kastatt abehaltene „Deutsche Weihnacht“ war folgendes Plamplet zu lesen:

Sei ein Christ!
Kauf nicht beim Juden!

Die Wochen des Weihnachtseinkaufes rücken heran. Das ist die Zeit, in der jeder Katholik und jeder Protestant Gelegenheit hat, durch die Tat zu beweisen, daß sein Christentum nicht Lüge und Schein ist. Die Juden sind die Nachkommen des Christus-Mörder. Sie sind die Mörder jenes Christus, der den Juden ins Gesicht hinein sagte, daß sie des Teufels seien. Wer also sein Christentum durch die Tat beweisen will, hat die Pflicht, bei der Beforgung seines Weihnachtseinkaufes Judenhäuser zu meiden. Wer sein Christentum durch die Tat beweisen will, kauft nicht beim Juden, sondern beim Christen. Wer sein Christentum durch die Tat beweisen will, hat Mitgefühl mit dem ringenden Gefährten deutschen Blutes und schämt sich, einen Christbaumtisch mit Geschenken zu entweihen, die aus jüdischen Häusern stammen.

Wer sein Christentum durch die Tat beweisen will, lehrt es hinein in das christliche deutsche Volk!

Kauf nicht beim Juden!

Also, sei ein Christ und kaufe nicht beim Juden! Das war die Weihnachtshilfschaft der Kastatter Nationalsozialisten. Die Kastatter Nazi-Geschäftsleute leben es aber recht gern, wenn Juden und auch Marxisten ihnen die Ware abkaufen. Die Kastatter Nazis vermehren es nicht, einen jüdischen Rechtsanwalt als Prozeßvertreter zu nehmen. Der Naziführer Besthold und der Stadtverordnete Umhauer, ebenfalls ein strammer Nationalsozialist und Judenfresser, sagen es vor, für ihren Möbel- und Beleuchtungsprozeß dem Herrn Rechtsanwalt Lion, Kastatt als Vertreter allen anderen Rechtsanwalts von Kastatt den Vorzug zu geben. Wir können zwar dem Herrn Lion das Geschäft von ganzem Herzen, aber Herr Rechtsanwalt Schubmacher wäre den Nazis doch sicher politisch näher geblieben und hätte das Geschäft doch sicher auch machen können? Wir wollen auch gerne hoffen, daß Herr Lion die prominentesten Nazimänner von Kastatt auch in Zukunft als treue Stammkundenschaft behält.

Wenn man den obigen Graus liest, und das Verhalten der Nazis in der Praxis sieht, kommen auch dem „Dümmsten“ andere Gedanken. Der dümmste Naziwähler vom 14. September und 18. November v. J. muß endlich feststellen, daß auch die Kastatter Nazipartei an innerer Schwäche und Verlogenheit krank und demzufolge dieser „Mudharbeiterpartei“ keinerlei Vertrauen mehr geschenkt werden darf. Es sollte auch nicht vorzukommen, daß Juden und Marxisten ausgeprochenen Nazi-Geschäftsleuten Waren abkaufen. Herr Mauer, Handarbeitsgeschäft in der Herrenstraße, soll zwar recht kräftig über die Juden und Sozialdemokraten schimpfen, aber er hat noch keinem Juden und Marxisten die Türe gemiessen die bei ihm was bestellen und kaufen wollen. Ja, ja! Geld sinkt auch bei den Nazis nicht, selbst wenn es von Juden und Sozialdemokraten stammt.

Kozi-Nazi-Prozeß

Dieser Tage wurde vor dem Kastatter Amtsgericht ein Beleidigungsprozeß zwischen Stadtrat Besthold und dem Kommunisten Geises ausgetragen, der zu Ungunsten des Stadtrats Besthold entschieden wurde. Geises hatte in einer der letzten Bürgerausschuffteilungen dem Naziführer Besthold vorgehalten, daß man von der Handwerkerbauernschaft eine Wohnung erhält, wenn man beim Geschäftsführer Besthold eine Badeeinrichtung bestelle. Als ständiger Vertreter fungierte Herr Rechtsanwalt Lion. Geises wurde freigesprochen und ihm Wahrung berechtigter Interessen zugesprochen. Herr Besthold muß die Kosten bezahlen und hat obendrein noch den Spott zu tragen. Heul! Herr Stadtrat Besthold, Heul!

Todesfall. Herr Privatier Georg Ertel, Ehrenbürger der Stadt Kastatt, ist in der Nacht vom Freitag auf Samstag im Alter von nahezu 86 Jahren gestorben. Der Verstorbene gebürtig vom Jahre 1890 bis Kriegsende dem Reichsausschuß bzw. dem Gemeinderat der Stadt Kastatt an und war bis Kriegsende auch Bürgermeisterstellvertreter. Als Gemeinderat sowohl auch als Bürgermeisterstellvertreter hat sich der Verstorbene um das Wohl der Stadt Kastatt und um die Weiterentwicklung große Verdienste erworben. Ganz besonders wertvolle Dienste hat der Verstorbene der Stadt Kastatt während der Kriegsjahre geleistet. Es war für den alten Mann bei Ausbruch des Weltkrieges keine leichte Aufgabe, die Stadt Kastatt und seine Bevölkerung über die ersten Kriegswirrnisse hinwegzubringen, Gerade der Verstorbene war es, der den dabei gebliebenen Frauen in ihren schweren Kampf um die Ernährung der Familie volles Verständnis entgegengebracht hatte. Auch sonst war Herr Ertel eine liebenswürdige und verständnisvolle Natur. Das Andenken des Verstorbenen wird auch von seinen politischen Gegnern in Ehren gehalten.

Oostal

Baden-Baden

Baden-Dos. Samstag, 17. d. M. hielt der Arbeitergesangsverein „Konfordia“, Baden-Dos, im Gasthaus zur Traube seine diesjährige Generalversammlung ab. Der 1. Vorstand, Sangesgenosse Licht, gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des abgelaufenen Jahres, worauf die Berichte des Sängervorstandes, Kassierers, Schriftführers und Bibliothekars bekanntgegeben wurden. Besonders hervorzuheben ist die gut geführte Kasse durch Sangesgen. Höfe. Trotz der schlechten Zeit hat der Verein ein gutes finanzielles Fundament. Abgesehen davon hat, wie alle anderen Arbeitervereine, auch der hiesige Arbeitergesangsverein, insbesondere durch die schwere Wirtschaftskrise, die sich bei der Industrie in Dos ziemlich fühlbar macht, sehr zu leiden. Als erfreulich dagegen ist zu bezeichnen, daß sich wieder verschiedene junge Sänger dem Verein aktiv angeschlossen haben. In der Diskussion beteiligten sich verschiedene Sangesgenossen. Der Vorschlag des Sangesgenossen Rapp, den gesamten Vorstand der Konfordia wieder zu wählen, wurde einstimmig angenommen. Unter Punkt Verschiedenes wurde vom Vorstand die Gründung eines gemischten Chores angeregt. Die Auffassung über diese Frage war bei den Sangesgenossen eine geteilte und man konnte deshalb zu keinem endgültigen Beschluß kommen. Auf Antrag des Genossen Rapp soll der Vorstand zunächst einmal Umschau halten, ob zu einem gemischten Chor auch die nötigen Sängerinnen aufgebracht werden können. In den auch des Ergebnisses soll dann in einer Sängerversammlung gemeinsam mit dem Dirigenten die Frage geprüft werden. — Die Abhaltung eines Maskenballes in diesem Jahre wurde vorerst noch zurückgestellt. — Nach Schluß der Versammlung blieben die Mitglieder noch einige Zeit bei fröhlicher und gelungener Unterhaltung gemütlich beisammen.



Badisches Landes-Theater

Montag, 26. Jan. Volksbühne

Das Lamm des Armen

Erstkomödie von Stefan Zweig

Anfang 19.30 Uhr Ende 22 Uhr

Bretle A (0.70-5.00 M)

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Die 27. I. Die Raubritze.

Musik aus der Luft!

Advertisement for KNOPIF featuring a large image of a gramophone and text about 'DIE GROSSE SENSATION bei KNOPIF im Erfrischungsraum!' and 'Kristy Tscharikoffs Atherwellenmusik'.

Colloleum advertisement for a medicinal product.

Antique Bekanntmachungen (Antique Announcements) section.

Deffentl. Aufforderung (Public Invitation) regarding tax matters.

Mahnung (Warning) regarding church taxes.

Volksbühne advertisement for a performance on Jan 27.

Arthur Baer advertisement for clothing and fabrics.

Im Erfrischungsraum menu listing various food items and prices.

Im Erfrischungsraum menu listing various food items and prices.

Im Erfrischungsraum menu listing various food items and prices.

Im Erfrischungsraum menu listing various food items and prices.

Im Erfrischungsraum menu listing various food items and prices.

Im Erfrischungsraum menu listing various food items and prices.

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.) advertisement.

Nehmt Musikunterricht advertisement for music lessons.

Schmollers advertisement for clothing and fabrics.

Advertisement for a music performance.

Im Fieberwahn advertisement for a book.

Advertisement for a book.